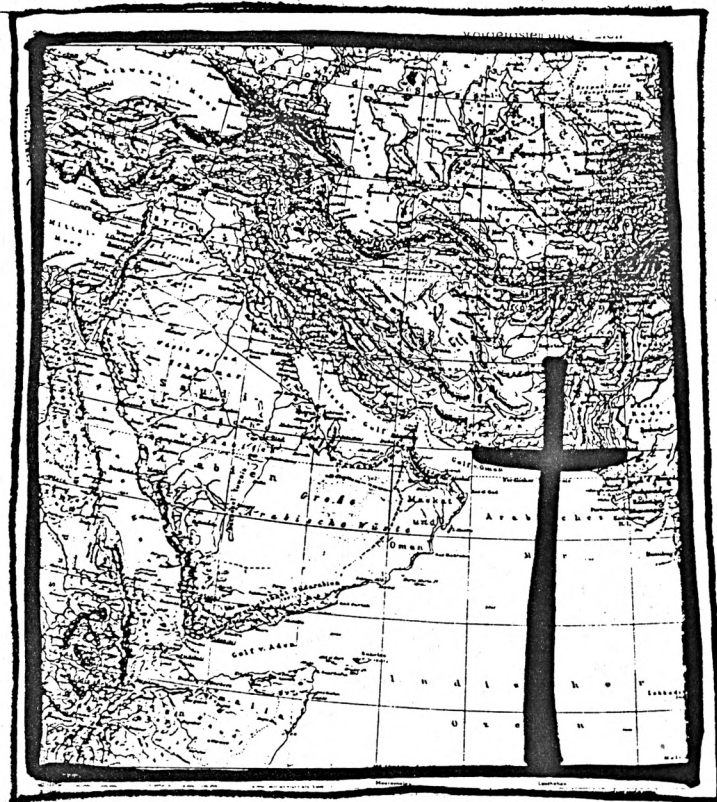


ANTI-KRIEGS BERICHTERSTATTUNG

28. März 1991



DER
KRIEG
GEHT
WEITER

Entgegen allen Illusionen durch eine "Waffenruhe" den Krieg am Golf zu beenden, muß mensch sich eingestehen, daß die Realität schon immer anders aussah und aussieht als die Machthabenden uns durch die Medien weismachen wollen.

Unter den momentanen Bedingungen und Voraussetzungen ist kein "Frieden am Golf" möglich. Im Gegenteil hat sich die Situation in der gesamten Region verschärft. Die Intervention der USA und ihrer Verbündeten haben die seit Jahrhunderten bestehenden Konflikte zwischen den Völkern keiner Lösung näher gebracht, sondern haben die Fronten durch ihr Eingreifen noch verhärtet.

Leidtragende ist wie immer die Bevölkerung.

Nicht abzuschätzende ökologische und wirtschaftliche Folgen haben das (Über)Leben am Kriegsschauplatz für einen Großteil der Menschen unmöglich gemacht. Die langfristigen Folgen für die gesamte Welt sind nicht einmal zu erahnen.

Deshalb diese Zeitung !

Darmstädter Aktionsforum

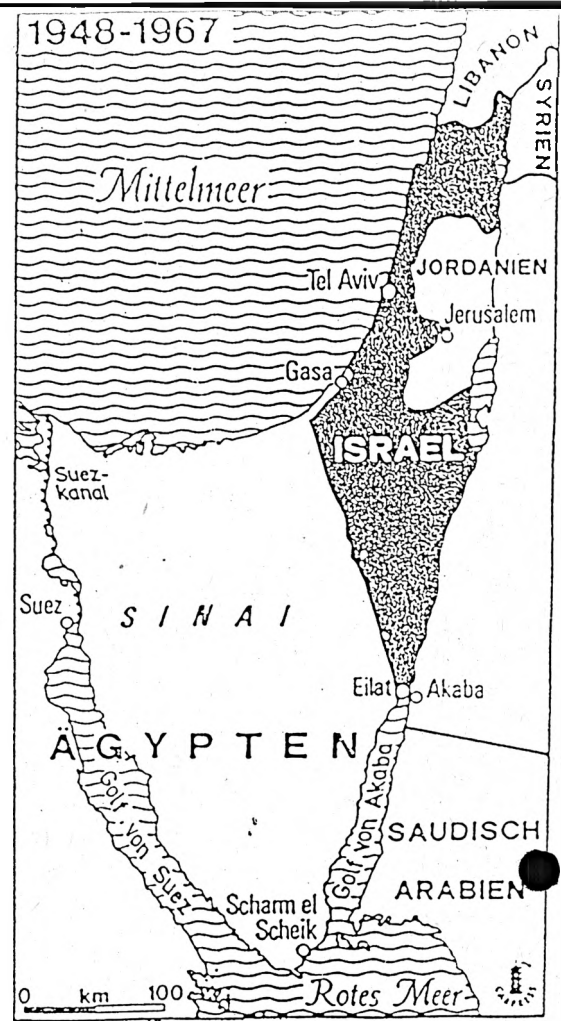
Stoppt den Krieg am Golf!

Kein Blut für Öl

Palästina - Land der Philister

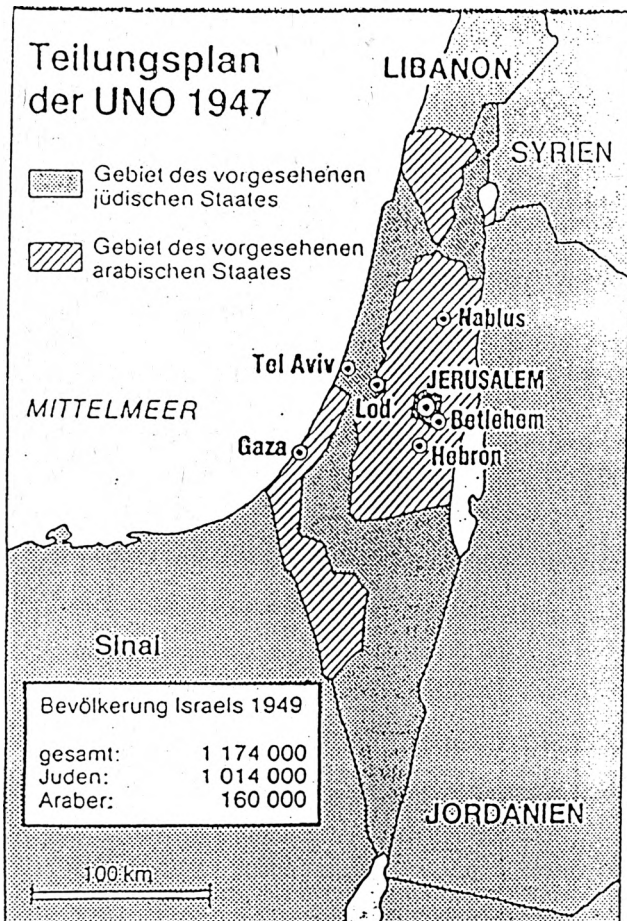
Geschichtlicher Überblick

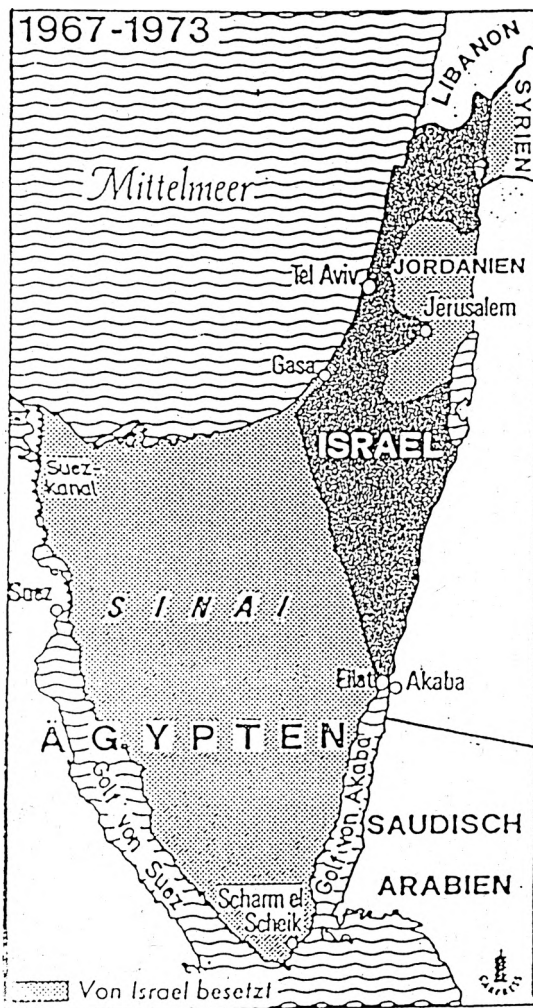
- 1500 v.Chr. Einwanderung israelitischer Stämme in Palästina
- 1000 v.Chr. Königreich Israel unter Saul, David und Salomon.
- 732 v.Chr. Eroberung Israels durch die Assyrer und Deportation der israelitischen Stämme.
- 331 v.Chr. Eroberung Palästinas durch Alexander den Großen
- 301 v.Chr. Palästina unter ägyptischer Herrschaft
- 198 v.Chr. Palästina unter syrischer Herrschaft
- 164 v.Chr. Befreiung Judäas durch Judas Makkabäus
- 63 v.Chr. Palästina unter römischer Herrschaft
- 66 n.Chr. Aufstand jüdischer Zeloten gegen Rom
Eroberung Jerusalems durch Titus
Zerstörung des Tempels und Zerstreuung der Juden
- 636 n.Chr. Palästina unter der Herrschaft des arabischen Kalifen Omar
- 1099 n.Chr. Königreich Jerusalem (Kreuzfahrerstaat)
- 1187 n.Chr. Palästina unter arabischer Herrschaft
- 1518 n.Chr. Osmanische Herrschaft über Palästina
- 1918 Ende des ersten Weltkrieges und Zusammenbruch des Osmanischen Reiches.



Moderne zionistische Bewegung

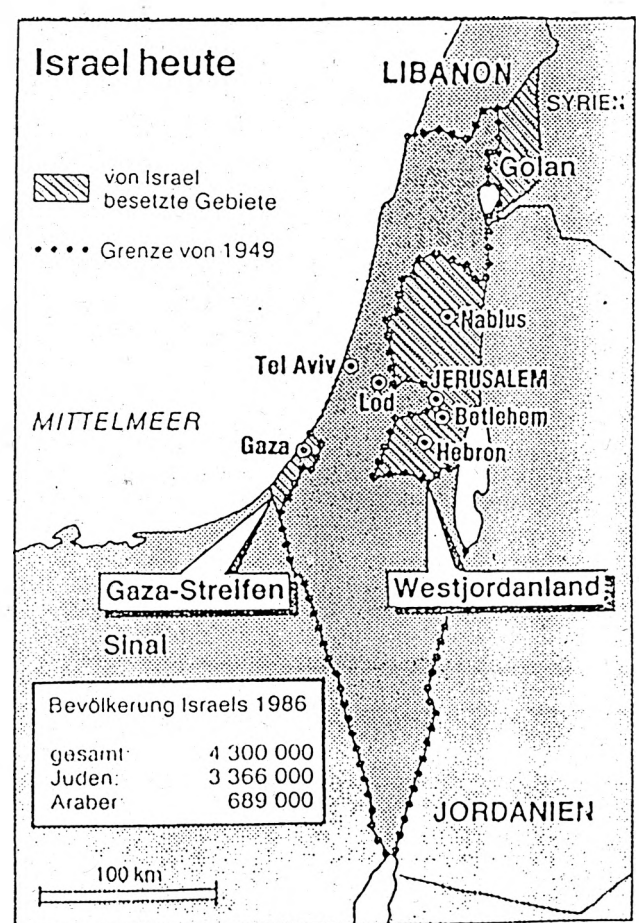
- 1897 Erster Zionistischer Kongress in Basel unter dem Vorsitz von Herzl. Die Schaffung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina wird zum Ziel des Zionismus erklärt.
- 1907 Beginn der zionistischen Kolonisation.
- 1914-1918 Erster Weltkrieg
- 1915 arabischer Aufstand gegen die Türken
- 1916 Abkommen zwischen Großbritannien und dem Scherifen Husein von Mekka, der sich nach der Zusage für die Unabhängigkeit Arabiens den Engländern im Kampf gegen die Türkei anschließt.
- 1916 Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich über die Aufteilung des türkischen Reiches (Sykes-Picot-Abkommen).
- 1917 Balfour-Deklaration. Großbritannien erklärt sein Wohlwollen gegenüber der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina.
- 1918 Eroberung Palästinas durch Großbritannien.
- 1920 Konferenz von San Remo: Alliierte übertragen Großbritannien das Mandat über Palästina und Irak. Frankreich erhält das Mandat über Syrien und den Libanon.
- Feisal (Sohn des Scherifen Husein) seit 1918 König von Syrien (einschl. Palästinas) wird aus Damaskus vertrieben. Er erhält 1921 von den Briten den Irak, sein Bruder Aballah wird Emir von Transjordanien.
- 1920 Gründung der Histadrut (jüdische Gewerkschaft) und Haganah (jüdische Militärorganisation).
- 1922 Großbritannien hebt das Protektorat über Ägypten auf. Ägypten wird eine unabhängige Monarchie.
- 1922 Gründung der Jewish Agency for Palestine (vom Völkerbund anerkannte Vertretung des World-Zionist Organisation).





- 1923 Trennung Transjordanien von Palästina
- 1925 verstärkte Proteste und Streiks der Araber anlässlich des Besuchs von Lord Balfour gegen die zionisten-freundliche britische Mandatsmacht.
- 1926 Ibn Saud wird König von Zentral-Arabien (Saudi-Arabien). Scherif Husein wird vertrieben.
- 1927 Transjordanien wird unabhängiger Staat, bleibt jedoch unter dem Einfluß Großbritanniens.
- 1929 Progreime gegen die jüdische Bevölkerung in Jerusalem, Hebron, Jaffa, Safed. Großbritannien verhängt das Kriegsrecht.
- 1933 Beginn der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland führt zu verstärkter jüdischer Einwanderung in Palästina.
- 1933-1936 Massendemonstrationen und Streiks der Araber gegen die jüdische Einwanderung und gegen die Mandatsmacht. Blutige Unruhen, scharfes Vorgehen des britischen Militärs.
- 1937 Eine britische Untersuchungskommission schlägt zur Lösung des Konflikts die Teilung des Mandatsgebiets in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor (Peel-Plan). Der Plan wird sowohl von jüdischer als auch von arabischer Seite abgelehnt. Es folgen weitere blutige Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern.
- 1938 Progreime gegen Juden in Deutschland.
- 1939 Briten berufen Palästina-Konferenz ein; arabische und jüdische Vertreter nehmen teil. Der englische Plan eines gemeinsamen Staat von Juden und Arabern wird abgelehnt.
- 1939 Großbritannien beschränkt die jüdische Einwanderung nach Palästina.
- 1939-1945 Zweiter Weltkrieg; Ermordung von 6 Mio europäischem Juden

- 1945 Jewish Agency fordert die Proklamation Palästinas zum jüdischen Staat. Terroranschläge der jüdischen Untergrundorganisation (Irgun, Sterngruppe).
- 1945 Gründung der arabischen Liga durch Ägypten, Transjordanien, Saudi-Arabien, Syrien, Libanon, Irak und einem Vertreter Palästinas.
- 1947 UN-Vollversammlung stimmt der Teilung Palästinas zu.
- 1947 Bürgerkriegsähnliche Zustände in Palästina.
- 1948 Großbritannien legt das Mandat über Palästina nieder. Proklamation des Staates Israel.
- 1948 Einmarsch der Streitkräfte von Ägypten, Syrien, Libanon, Transjordanien und Irak in Palästina.
- 1948 Erste große Flüchtlingsbewegung von Palästinensern in die umliegenden arabischen Staaten
- 1949 Abschluß der Waffenstillstandsverträge
- UN gründet UNRWA, Hilfsorganisation für Palästina-Flüchtlinge, aus deren Jahresberichten die katastrophale Situation der Flüchtlinge zu ersehen ist.
- 1950 Jordanien annektiert den arabischen Teil Palästinas. Ägypten blockiert den Suez-Kanal für Warenverkehr mit Israel.
- 1951 arabische Liga beschließt Palästina-Flüchtlinge sollen in den arabischen Zufluchtsländern angesiedelt werden, ohne ihr Recht auf Rückkehr zu verlieren.
- 1951 Ermordung des Königs von Jordanien. Nachfolger wird König Husein I.
- 1952-1954 Revolution in Ägypten; Gamal Abdal Nasser kommt an die Macht.
- 1953 Beitritt Libyens zur arabischen Liga
- 1956 Beitritt des Sudan zur arabischen Liga.



1956	<p>Israelischer Angriff auf Ägypten, Großbritannien und Frankreich besetzen die Kanalzone.</p> <p>Eisenhower-Doktrin: "Vollmacht des Präsidenten, bei Bedrohung der Interessen der westlichen Welt, Truppen im Nahen Osten einsetzen zu können.</p>		<p>Sechstage-Krieg; Israel gegen VAR, Syrien und Jordanien. Israel zerstört durch einen Überraschungsangriff die ägyptische Luftwaffe am Boden und besetzt den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel, West-Jordanien und die syrischen Golanhöhen, sowie Ost-Jerusalem.</p>
1957	<p>Auf internationalen Druck zieht Israel seine Truppen aus Ägypten zurück.</p> <p>UN stationiert Truppen an der ägyptisch-israelischen Grenze.</p> <p>Ägypten verbleiben 70% der Einkünfte aus dem Suez-Kanal. Der Rest geht in einen Sonderfond der UN.</p> <p>Unruhen in Jordanien.</p>	1970	<p>UN-Resolution (Nr.242) fordert den Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten und die territoriale Integrität der Einzelnen Staaten.</p> <p>Attentat der PDFLP (Partei der PLO Demokratische Volksfront) auf König Hussein von Jordanien. Hussein zerschlägt daraufhin sämtliche bewaffnete Verbände der palästinensischen Fedajin, sogenannter "schwarzer September".</p> <p>Die PLO verlegt ihr Hauptquartier von Amman nach Beirut.</p>
1958	<p>Zusammenschluß Syriens und Ägyptens (später auch des Jemens) zur Vereinigten arabischen Republik (VAR).</p> <p>Marokko und Tunesien treten der arabischen Liga bei.</p> <p>Libanon-Krise; Einmischung von USA und Großbritannien.</p>	1974	<p>Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien bezeichnen die PLO als einzige legitime Vertretung der Palästinenser.</p> <p>UN-Generalversammlung beschließt, daß die PLO an allen UN-Beratungen über die Palästina-Problematik teilnehmen kann.</p>
1959	<p>Gründung der Al-Fatah durch Yassir Arafat und Salah Chalaf</p>	1978	<p>Israel vernichtet große PLO-Stützpunkte in Süd-Libanon.</p>
1961	<p>Beitritt Kuwaits zur arabischen Liga.</p> <p>Austritt Syriens aus der VAR.</p>	1982	<p>Es folgen zahlreiche militärische Aktionen zwischen Israel und Kämpfern der PLO</p> <p>In den besetzten Gebieten wird von der israelischen Regierung die Errichtung eines Verwaltungsrates unter Beteiligung von Palästinensern, aber nicht der PLO beschlossen.</p> <p>Aufbruch der Palästinenser im Westjordanland</p> <p>Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten.</p> <p>Arafat erkennt alle UN Resolutionen an, somit auch indirekt die Existenz Israels.</p>
1964	<p>Gründung der PLO in Jerusalem. Verabschiedung der National-Charta. Erste militärische Aktionen der Al-Fatah.</p>		
1967	<p>UN-Truppen ziehen sich auf Verlangen Nassers aus ägyptischem Territorium zurück. Ägypten blockiert den Golf von Akaba für israelische Schiffe.</p>		

Felicia Langer wurde am 9. Dez. 1930 in Tarnow (Polen) als Kind jüdischer Eltern geboren. Ihr Vater war Rechtsanwalt.

1939 floh sie mit ihren Eltern vor der deutschen Invasion in die Sowjetunion. Nach dem Krieg kehrte die Familie ohne den Vater zurück - Krankheit und Hunger hatte er nicht überlebt. Alle anderen Familienangehörigen waren in den Konzentrationslagern der Nazis umgekommen.

1949 heiratete Felicia Moshe Langer, "der es irgendwie geschafft hatte, aus fünf Konzentrationslagern lebend herauszukommen". 1950 wanderte sie mit ihm nach Israel aus. Als der Sohn sechs Jahre alt war, begann sie mit dem Jurastudium an der Hebräischen Universität in Jerusalem. 1965 wurde sie als Anwältin zugelassen.

Zunächst setzte sie sich für sozial Schwache der israelischen Gesellschaft ein, nach dem Juni-Krieg (1967) und der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens für die Palästinenser. "Ich sah das Unrecht von Anfang an." So wurde sie die erste jüdische Rechtsanwältin und die bekannteste, die sich für die Menschenrechte der Palästinenser einsetzte.

Immer wieder wurde das Hinweisschild zu ihrer Praxis von eigenen Lands-



Felicia Langer

aus: Felicia Langer
"Die Zeit der Steine"
Lamuv Verlag 1990.

leuten entfernt, weil sie nicht verstehen konnten, daß sie sich auch um ihres eigenen Volkes willen für die Palästinenser einsetzt. Oft war sie deshalb gefährdet.

Tausende von Gerichts- und Prozeßakten über Gefangene, Gefolterte, Getötete und Deportierte, über beschlagnahmtes Land und Häuser Sprengungen gingen durch ihre Hände; Tausende von Palästinenser versuchte sie mit ihrem juristischen Wissen und ihrer Wärme zu helfen. Auf diese Weise schlug Felicia Langer als eine der ersten zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk Brücken.

Felicia Langer erntete viel Dank und Anerkennung von palästinensischer Seite und wurde schließlich Ehren-

bürgerin von Nazareth, der größten arabischen Stadt in Israel. Aufgrund ihres unermüdlchen Einsatzes für die Menschenrechte erhielt sie auch eine Reihe internationaler Preise, zuletzt den sogenannten Alternativen Nobelpreis im Dezember 1990.

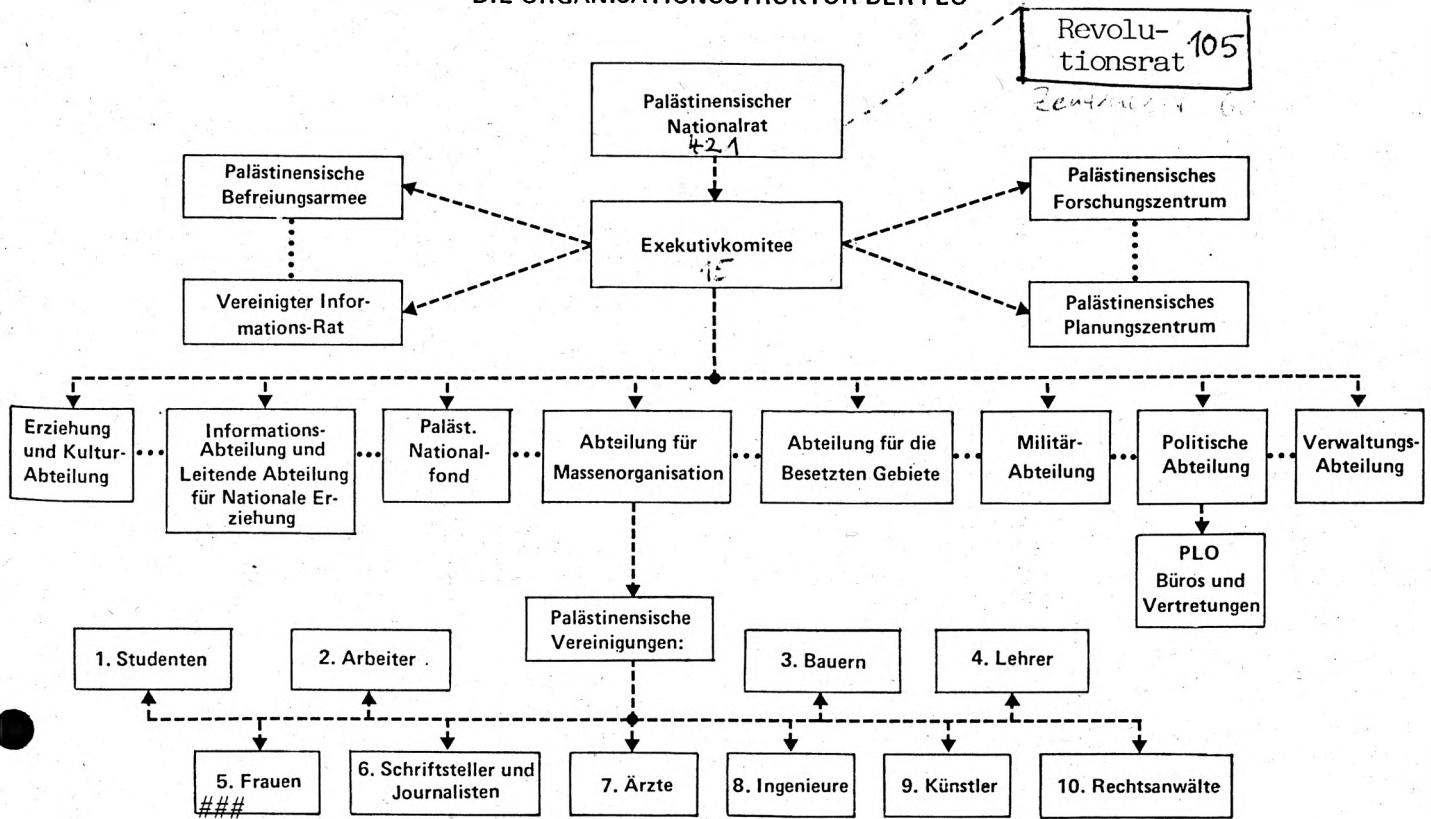
Im dritten Jahr der Intifada schloß Felicia Langer aus Protest ihre Anwaltspraxis. Das bestehende militärische Rechtssystem sei nur mehr eine "Karikatur der Justiz".

Felicia Langer, seit langem führend in der "Liga für Menschen- und Bürgerrechte in Israel" aktiv, zur Zeit ihre Vizepräsidentin, hat als Zeugin vor einer UN-Kommission zur Untersuchung israelischer Praktiken in den besetzten Gebieten ausgesagt.

Seit 1990 hält sie sich in der Bundesrepublik Deutschland auf. Sie hat einen Lehrauftrag an der Universität Bremen.

Buchveröffentlichungen: "With my own eyes" (Mit eigenen Augen 1974), "These are my brothers" (Diese sind meine Brüder, 1979), "From my diary" (1980), "The story written by the people" (1981). - Ihre Werke sind in zehn Sprachen erschienen.

DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DER PLO



Der Nationalrat - das Palästinensische Parlament

In verfassungsmäßiger Hinsicht ist der Rat die höchste Instanz, die die Politik und die Programme der PLO erarbeitet. Seine Amtszeit ist auf zwei Jahre begrenzt und er ist verpflichtet, in Ordentlichen Vollversammlungen auf Verlangen des Exekutivkomitees oder eines Drittels seiner Mitglieder regelmäßig zusammenzutreten. Zwischen 1964 und 1967 fanden die Ordentlichen Vollversammlungen jährlich statt, die Vierte Ordentliche Vollversammlung im Juli 1968 beschloß jedoch, daß diese Sitzungen zweimal im Jahr stattfinden sollten. Sollte es der Vorsitzende unterlassen, die Vollversammlung einzuberufen, so tritt diese auf Verlangen der Mitglieder oder des Exekutivkomitees nach dessen Maßgabe für Ort und Zeit zusammen.

Der Nationalrat besitzt ein Präsidialbüro, das sich aus einem Vorsitzenden, einem Vizevorsitzenden und einem Sekretär zusammensetzt, die alle vom Nationalrat gewählt werden.

Während der ordentlichen Sitzungen werden dem Rat der Bericht des Exekutivkomitees über die Arbeit der PLO und ihrer Organe sowie Vorschläge der verschiedenen Komitees des Rates und jede andere Angelegenheit, die zu diskutieren ist, unterbreitet. Zwei Drittel der Mitglieder bilden das Quorum und Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen.

Während seiner 11. Sitzung vom 6. bis 12. Januar 1973 bildete der Nationalrat aus seiner Mitte heraus einen Zentralrat, der die Aufgabe hat, die Durchführung und Verwirklichung seiner Beschlüsse zu überwachen. Diese 21 Mann zählende Körperschaft wird vom Vorsitzenden des Nationalrats geleitet.

Der Rat nimmt eine beratende Funktion bei der PLO-Führung wahr.

Das Exekutivkomitee

Der Nationalrat wählt aus seinen Mitgliedern das palästinensische 'Kabinet', das PLO-Exekutivkomitee. Die Mitglieder des Komitees wählen ihrerseits den Vorsitzenden. Das Exekutivkomitee tagt ständig und die Mitglieder arbeiten ununterbrochen. Es ist gegenüber dem Nationalrat insgesamt und einzeln für die Durchführung der politischen Entscheidungen, Pläne und Programme, die vom Nationalrat erarbeitet worden sind, verantwortlich.

Die Anzahl der Mitglieder des Komitees wurde in Artikel 14 der Verfassung auf maximal fünfzehn - einschließlich des Vorsitzenden - festgesetzt. Jedes Mitglied besitzt wie Kabinettsmitglieder sein eigenes Ressort (unter anderem Auswärtige Angelegenheiten, Information, Besetzte Gebiete, Erziehung und Kultur, Verteidigung usw.)

Das Exekutivkomitee erfüllt vier Hauptaufgaben. Es vertritt offiziell das palästinensische Volk, überwacht die verschiedenen Körperschaften der PLO, er-

läßt Weisungen, erarbeitet Programme und trifft hinsichtlich der Organisation der PLO Entscheidungen, vorausgesetzt, sie widersprechen nicht der Verfassung. Schließlich verwirklicht es die Finanzpolitik der PLO und erarbeitet das Budget. Ganz allgemein gesagt, das Komitee übernimmt alle Verantwortungen der PLO im Einvernehmen mit den Richtlinien und Beschlüssen, die vom Nationalrat verabschiedet und festgelegt wurden.

Das Komitee hat jedem neu gewählten Nationalrat seinen Rücktritt anzubieten. Der Rat kann jedoch das ausscheidende Komitee wiederwählen. Innerhalb des Exekutivkomitees bilden zwei Drittel der Mitglieder das erforderliche Quorum und Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

Da das Exekutivkomitee von dem Nationalrat und aus seiner Mitte heraus gewählt wird, verkörpert es gewöhnlich die Machtstrukturen, die im Nationalrat vorhanden sind.

Der Nationalfonds

Der erste Nationalrat beschloß die Bildung eines Palästinensischen Nationalfonds, der von einem Direktorium im Einklang mit einem vom Nationalrat beschlossenen Sondergesetz betreut werden sollte. Einkünfte des Fonds kommen aus folgenden Quellen: 1. Eine für Palästinenser festgelegte Steuer, die von den Regierungen der arabischen Staaten, in denen sich Palästinenser aufhalten,

###) Sechs Frauen aus dem Dachverband "Generalunion Palästinensischer Frauen" sind inzwischen im Revolutionsrat vertreten. 1989 wurde erstmals eine Frau in das ZK gewählt: Intissar Al Wazir.

erhoben wird; 2. Finanzielle Spenden der arabischen Regierungen und Völker; 3. Darlehen und Spenden von arabischen Regierungen und befreundeten Nationen; 4. Jede vom Rat akzeptierte zusätzliche Einkommensquelle.

Der Rat wählt den Vorsitzenden des Direktoriums des palästinensischen Nationalfonds, der automatisch Mitglied des Exekutivkomitees wird. Die Mitglieder des Direktoriums werden vom Exekutivkomitee ernannt, ihre Zahl beträgt mindestens 11 Personen. Das Direktorium wählt einen Stellvertretenden Vorsitzenden und einen Sekretär, ihre Amtszeit beläuft sich auf drei Jahre.

Der Palästinensische Nationalfonds nimmt alle Einkünfte entgegen, finanziert die PLO in Übereinstimmung mit einem vom Exekutivkomitee vorgeschlagenen und vom Nationalrat gebilligten Budget, verwaltet die Gelder und überwacht die Ausgaben der PLO und ihrer Organe.

Die Abteilungen für Erziehung, Information und Sozialwesen

In den letzten fünf Jahren hat sich die PLO zunehmend um das breite Feld der sozialen und humanitären Belange des palästinensischen Volkes im Exil gekümmert. Die Institutionen, die geschaffen wurden, um sich mit diesen Belangen zu befassen, sind verschieden: sie betreffen gewerkschaftliche Organisationsarbeit, medizinische Hilfe sowie Erziehung und Information.

Die palästinensischen Vereinigungen sind demokratisch gewählte Organisationen, deren Vertreter von ihren Mitgliedern gewählt werden. Alle Vereinigungen sind in mehrfacher Hinsicht an die PLO gebunden. Sie werden von ihren Delegierten im Nationalrat vertreten und stehen Tag für Tag in enger Zusammenarbeit mit der PLO. Die PLO-Abteilung für Massenorganisationen, dessen Gremium Vertreter der Vereinigungen enthält, kümmert sich um die anfallenden Probleme der palästinensischen Arbeitergewerkschaften und Berufsgruppen. Die PLO unterstützt diese Vereinigungen in Bereichen, die sich von den Finanzen bis zu den Problemen mit arabischen Regierungen erstrecken (zum Beispiel hinsichtlich des Rechts palästinensischer Arbeiter in arabischen Ländern, in denen sie als Flüchtlinge leben, ohne Arbeitserlaubnis arbeiten zu können.)

Im medizinischen Bereich ist die wichtigste der PLO angegliederte Organisation der 'Palästinensischer Roter Halbmondverband' (PRCS), der 1969 gebildet wurde.

Der Palästinensische Rote Halbmond leistet medizinische Hilfe für die palästinensische Gemeinschaft, sowohl für Zivilisten als auch für die Kommandos. Er unterhält zahlreiche Hospitäler in Syrien, Ägypten und im Libanon, und mehrere Kliniken in den Grenzgebieten des Südlibanon. Jedes Krankenhaus besitzt einen Operationsaal, eine Röntgenabteilung, Ambulatorien und Notaufnahmestationen. Der Palästinensi-

sche Rote Halbmond besitzt auch vier medizinische Niederlassungen in Syrien und im Libanon, jede davon mit einem Ambulatorium, einer Zahnklinik, Labors, Apotheken und Sanitätsräumen.

Er hat 25 Volkskrankenhäuser in Syrien, Ägypten, im Libanon und Sudan errichtet. Auf jedes Flüchtlingslager in Syrien und im Libanon trifft mindestens eines.

Auf dem Gebiet der Pädagogik hat die PLO ein Erziehungsprogramm für palästinensische Studenten in Kuwait aufgestellt. Dieses Programm wurde wegen der ungewöhnlich großen Zahl von schulpflichtigen Palästinensern erforderlich, die dort aufgrund der starken Zuwanderung von Palästinensern nach dem

Krieg von 1967 lebten. Das sehr kostspielige Programm bietet Erziehungsmöglichkeiten für 38 Prozent der palästinensischen Schulkinder im Lande. Das PLO-Planungszentrum besitzt ebenfalls eine Erziehungsabteilung, die eine palästinensische Philosophie der Erziehung erarbeitet und Schulmaterial für palästinensische Kinder entwickelt hat. Sie organisiert Sommerprogramme und Kurse für palästinensische Lehrer und hat Modellkindergärten errichtet.

Die PLO trägt die Verantwortung für die Kinder der Kommandos, die im Kampf gefallen sind. Die wichtigste unter diesen Organisationen, die sich dieser Aufgabe widmen, ist der Verband der Werkstätten für Kinder Palästinensischer Märtyrer, der im Januar 1970 von der Al-Fatah gegründet wurde. Der Verband bietet Vollwaisen und Kindern aus vaterlosen Familien Möglichkeiten der Berufsausbildung, verfolgt jedoch darüber hinaus das wirtschaftliche Ziel, Fertigteile, Möbel und Stickarbeiten für die Bevölkerung der Flüchtlingslager zu produzieren, zu Preisen, die sich nach dem sehr niedrigen Einkommensstand in diesen Lagern richten.

Die PLO unterhält eine Reihe von Informationsbüros und ihre eigene Zeitung, FALASTIN AL THAWRA (Palästinensische Revolution) und die Nachrichtenagentur WAFI. Sie leitet auch ein großes Institut für Dokumentation und Studien zur Palästinafrage. Es handelt sich um das PLO-Forschungszentrum, das 1965 in Beirut gegründet wurde, das über eine große Bibliothek und über ein umfangreiches Archiv verfügt. Das Forschungszentrum hat mehr als 300 Bücher zur Palästinafrage veröffentlicht und gibt ein wissenschaftliches arabisches Monatsjournal, SHU'UN FALASTINIYA (Palästinensische Angelegenheiten) heraus.

Wäre die PLO nur die militärische Bewegung einer beschränkten Zahl von Palästinensern gewesen, so hätte sie wahrscheinlich nicht überlebt. Ihre starke politische Verwurzelung im palästinensischen Volk und in der arabischen Welt hatte die PLO jedoch so sehr gefestigt und mit Anerkennung ausgestattet, daß eine Eliminierung nicht mehr möglich war. Wenn man sie angriff, wurde die PLO aktiv von der palästinensischen Gemeinschaft und den Sympathisanten in der gesamten arabischen Welt unterstützt und dieses Meinungsforum übte einen starken Druck auf die arabischen Regierungen aus. Die PLO erhielt diese Unterstützung auch weiterhin, ein Faktor, der ihr arabisches und internationales Prestige, das aus ihrer förmlichen Anerkennung als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes im Jahre 1974 erwuchs, noch erhöhte. Innerhalb der PLO bestehen verschiedene politische Ansichten. Die PLO unterstrich die Notwendigkeit, alle Palästinenser unter ihrem Schirm zu gruppieren.

* Hinzu kam der Revolutionsrat, ein Gremium von 105 PLO-Vertretern, das zwischen den Zusammenkünften des Nationalkongresses beratungs- und weisungsbefugt ist.

** Durch israelische Bombenangriffe zerstört. Inzwischen neu aufgebaut.

*** Durch israel. Bombenangriffe zerstört.

Dieser von **Rashid Hamid** verfaßte Überblick über die Organisationsstruktur der PLO wurde der Zeitschrift **Palästina** 2/1975 entnommen. Seitdem hat sich die Grundstruktur nicht verändert. Die Vereinigungen (1-10) sind gewerkschaftl. gegliedert. Die Basisvereinigungen (z.B. der Studenten, Arbeiter, Frauen...) wählen ihre Vorstände. Die Vorstände insges. wählen ihre Repräsentanten i. den Dachverband (= Generalunion d. Pal.Stud., Arbeiter, Frauen).

Die Abteilungen Erziehung, Medizin, soziale Einrichtungen und Werkstätten, (z.B. Nation. Werkstätten i.d. Besetzten Gebieten) wurden seit 1975 stark erweitert.

Wasser -

die nächste Kriegsursache?

Von Inge Presser

Wer wo in Zukunft die Ölquellen kontrolliert und die Ölpreise und Ölfördermengen bestimmt, ist aus eurozentristischer Sicht natürlich die wichtigste Frage. Für die Völker der Nahost-Region jedoch sind auch ganz andere Fragen lebensnotwendig, wie eine gerechte Regelung und Verteilung der knappen Ressource Wasser. Punkt 9 in dem zwölf Punkte umfassenden Friedensplan des norwegischen Friedensforschers John Galtung verweist auf dieses Thema, das dringend einer Regelung bedarf. Trotz aller Expertenrunden zum Golfkrieg kam es bisher kein einziges Mal zur Sprache.

Dem mittleren Osten galt ein westliches Technologieverständnis und die Vorstellung von exzessiver Nutzung und Bewässerung des Agrarlandes lange Zeit als Vorbild. Doch "der gewaltsame Eingriff in die Lebenszyklen der Flüsse, Berge und Böden hat Dürre und Ödland buchstäblich erzeugt."* Unmittelbar nach Proklamation seines Staates verkündete Israel der Welt: "Wir werden die Wüste zum Blühen bringen!" Zum einen wurde hier die Vorstellung suggeriert, ein menschenleerer Raum sei "besiedelt" worden. Zum anderen unterschlug dieser Slogan, daß es in Palästina eine der ältesten Ackerbaukulturen der Welt gab, die Jahrtausende fortbestand, und die jüdischen SiedlerInnen dort keineswegs nur Wüstenneben vorfanden. Über 40 Jahre erkauften die Israelis ihr "Entwicklungsmodell" als beispielhaft. Aber inzwischen treten die negativen Folgen der angewandten "Kultur"-Methoden unübersehbar hervor: Intensivbewässerung mit Dauerberieselung der Felder, großflächiger Anbau, Monokulturen, Überdüngung. Sie haben die Böden ermüdet und die Wasserressourcen erschöpft. Alle sich regenerierenden Wasserquellen im Lande werden schon heute um 15% übernutzt. Das hat sichtbare Folgen: In den fünfziger Jahren wurde eine Wasserpipeline vom Jordan in die Negev-Wüste verlegt. Der nördlich

davon gelegene See Kinneret ist mittlerweile fast ausgetrocknet. Der Jordanfluß ist zu einem Rinnsal geschrumpft, das tote Meer verkarstet, der See Genezareth versteppt und die vor der Staatsgründung Israels bestehenden 300 Brunnen auf dem Westufer des Jordan sind am Austrocknen.

Daß die israelisch-arabischen Kriege nicht zuletzt um die Kontrolle über die Wasservorräte geführt wurden, behaupten die PalästinenserInnen schon lange. George D. Mofett vom Christian Science Monitor recherchierte für dessen März-Nummer 1990, daß Syrien bereits in den 50er Jahren vergeblich bei den Vereinten Nationen gegen den israelischen Bau von Pipelines zur Umleitung des Jordanwassers protestierte, da sowohl Syrien als auch Jordanien auf einen Teil dieses Wassers angewiesen sind. Vor 1967 gab es bereits ständig Grenzzwischenfälle zwischen Israel, Syrien und Jordanien. 1964 entschied die Arabische Liga, die Quellflüsse des Jordan umzuleiten. Mit dem Krieg 1967 besetzte Israel nicht nur die Westbank und den Ghazastreifen, sondern auch die syrischen Golanhöhen und konnte damit fortan die Kontrolle über den ganzen Einzugsbereich des Jordan ausüben. Die seit Ende der 70er Jahre von Israel - wie es beschönigend heißt - "Beanspruchte Sicherheitszone im Südlibanon" reicht nach dem Einmarsch der Israelis 1982 gerade weit genug in den Libanon hinein, um auch dort die Quellflüsse und den Wassereinzugsbereich für ihr Land im Griff zu haben.

Die PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten sind - nicht nur in der Frage der Wasserressourcen - am stärksten bedroht. Der palästinensische Ökonom Ibrahim Matar sagt dazu folgendes: "Für die Palästinenser, die unter der Besatzung leben, ist die Zeit 1967 stehengeblieben. Man verbot ihnen, ihre eigene Wasserversorgung zu nutzen und auszubauen." Militärerlasse verboten den palästinensischen BäuerInnen, ihre Brunnen voll zu nutzen oder neue zu bauen. In der Westbank brachte Israel aber mehr als 40 Tiefbrunnen nieder, die, mit Motorpumpen ausgestattet, Raubbau am Grundwasser der Westbank betreiben. Sie fördern hier um 40% mehr Wasser zutage als alle 300 Brunnen, die sich vor 1967 in

diesem Bereich befanden. In unmittelbarer Nähe der motorbestückten Tiefbrunnen trocknen die herkömmlichen Brunnen aus. Die jüdischen Siedlungen in der Westbank graben den PalästinenserInnen also im wörtlichen Sinne "das Wasser ab" (sie verbrauchen im Durchschnitt vier mal mehr Wasser pro Kopf als die PalästinenserInnen). Damit nicht genug: von den Wasservorräten Palästinas werden 86% in das israelische Netz eingespeist, das Wasser der Westbank zu 80%. Nach vielen Beschwerden und auf internationalen Druck hin billigte Israel den PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten Wasser in beschränktem Umfang zu, für das sie nun Gebühren entrichten müssen. "Die palästinensischen Bauern", so Ibrahim Matar, "sind heute in der Wasserversorgung völlig von Israel abhängig. Statt Besitzer ihrer eigenen Ressourcen sind sie heute Mieter ihres natürlichen Reichtums geworden." Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Staates, den die PalästinenserInnen auf der Westbank und dem Ghazastreifen fordern, steht - wenn hier keine Regelung erzielt wird - auf dem Spiel.

Rechnet mensch den heutigen Stand der Übernutzung durch Israel hoch, kann mensch davon ausgehen, daß im nächsten Jahrzehnt in dieser Region 30% des benötigten Wassers fehlen wird. Hält aber der Zustrom von jüdischen Neueinwandernden aus der Sowjetunion an (es sollen fünf Millionen Auswanderungswillige sein!), dann ist schon jetzt abzusehen, daß das Wasserdefizit in aller kürzester Zeit weit größer sein wird. Ein Krieg um das Wasser ist dann durchaus vorstellbar. "Es ist sicher vernünftiger," sagte John Galtung auf der Friedenskonferenz in Frankfurt, "(...) ein Abkommen über eine Pipeline für die Leitung von Wasser vom Euphrat nach Israel abzuschließen, als daß ein Krieg geführt wird und sich Israel bis zum Euphrat ausdehnt." (Und noch vernünftiger wäre es, den Wasserverbrauch so zu begrenzen, daß nicht der ganze nahe Osten irgendwann trockenliegt. d. Tipper) Eine gerechte und friedliche Regelung über die Verteilung der lebensnotwendigen Ressource Wasser steht folglich dringend auf der Tagesordnung jedes Friedensgesprächs für diese Region.

*) Vandana Shiv: Das Geschlecht des Lebens, Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

Baathismus - Was aus einer Idee wurde

Vom syrisch-irakischen Konflikt, der Golfkrise und der Baath-Partei (Artikel aus der taz, 12.9.90)
Besser hätte der Gegensatz zwischen den Regimen und ihren Untertanen kaum illustriert werden können: Während die überwiegende Anzahl der arabischen Herrscheliquen Iraks Invasion in Kuwait verurteilte, demonstrierten Hunderttausende auf den Straßen ihre Solidarität mit Saddam Hussein. In den letzten Augusttagen erfaßte diese Sympathiewelle nun auch Syrien; syrisches Militär - man spricht von 50.000 Soldaten - wurde in den Nordosten des Landes in die Nähe der irakischen Grenze verlegt, um gegen pro-irakische Demonstrationen vorzugehen. Angaben über die Zahl der dabei getöteten Menschen schwanken zwischen 20 und 300. Das massive Vorgehen ist nicht ohne Grund. Syrien und der Irak sind seit langem aufs heftigste miteinander verfeindet. Die Brisanz dieser Erzfeindschaft und damit auch der pro-irakischen Sympathiekundgebungen in Syrien besteht darin, daß sowohl Syriens Präsident Hafiz al-Assad als auch Iraks Saddam Hussein im Namen ein und derselben Partei und Ideologie zu herrschen vorgeben: der "Arabischen Sozialistischen Baath" (=Wiedererweckungs-) Partei.
Mit der Vision, die verblaßte Größe der arabischen Nation wieder aufleben zu lassen, schickten sich in den 40er Jahren die beiden Damaszener Michel Aflaq und Salah ed-Din Bitar an, eine Partei zu gründen. 1947 war es dann soweit: In einem kleinen Damaszener Cafe versammelte sich eine Handvoll Gleichgesinnter und hob die Partei aus der Taufe, die mittlerweile in Syrien und dem Irak seit über zwei Jahrzehnten an der Macht ist. "Einheit, Freiheit, Sozialismus" ist bis heute ihr Slogan. Die Reihenfolge der Schlagworte ist nicht zu-

fällig. Oberstes Ziel ist die Überwindung der als künstlich empfundenen Spaltung der arabischen Nation, der "umma", in einem einzigen Staat, der "Irci" vom Einfluß des Imperialismus sein sollte sowie sozialistisch. Darunter war eine recht verschwommene Vorstellung von Gerechtigkeit zu verstehen.

Gegen den Nasserismus keine Chance
Von Anfang an aber stand die Partei im Schatten einer anderen pan-arabischen Ideologie, dem Nasserismus. Obwohl Nasser, von 1954-1970 Präsident Ägyptens, seine Ideen zur arabischen Einheit erst später entwickelte, wurde der Nasserismus in den 50er und 60er Jahren zu einer begeistert aufgenommenen Massenideologie in der gesamten arabischen Welt. Das ist dem Baathismus bis heute nie gelungen. Zwar schaffte es die Partei bald nach ihrer Gründung, sich in vielen arabischen Staaten zu konstituieren. Außerhalb Syriens und des Irak blieb sie immer unbedeutende Splitterpartei. Die Gründe dafür sind vielfältig: Weder besaß Michel Aflaq auch nur annähernd das Charisma Nassers, noch hatte die als kleine Oppositionspartei entstandene und in den fünfziger Jahren meist verbotene Baath-Partei die Möglichkeit, über Intellektuellenzirkel hinaus ihre Ideen zu verbreiten. Auch die - im Gegensatz zum Nasserismus - ausdrücklich säkularisierte Ausrichtung des Baathismus, der die Trennung von Politik und Religion propagiert und damit im Widerspruch zum Islam steht, stieß bei vielen MuslimInnen auf Ablehnung. So ist es nicht verwunderlich, daß die Baath-Partei weder in Syrien noch im Irak auf den Schultern des Volkes an die Macht gehievt wurde, sondern sich jeweils an die Staatsspitze putschte (Nasser mit seinen "Freien Offizieren" gelang durch den Sturz der Monarchie an die Macht - ohne die Beteiligung des Volkes - Anmerk. der Sätzerin).

Mit der gleichzeitigen Herrschaft der Baath-Partei in Syrien und dem Irak war man der arabischen Einheit jedoch keineswegs näher gekommen: Zwar vertrat sich das syrische Regime noch halbwegs mit dem 1963 in Bagdad an die Macht gelangten, das aber bereits nach neun Monaten wieder gestürzt wurde. Lange vor dem zweiten Putsch der irakischen Baathisten 1968 hatte sich jedoch die Partei bereits in tief verfeindete Lager gespalten, die sich herzlich haßten. Ironischerweise geht diese Spaltung auf den bis heute einzigen nennenswerten Einigungsversuch zweier arabischer Staaten zurück. Als sich Ägypten und Syrien 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik zusammenschlossen,

löste die gesamtarabische Führung der Baath-Partei den syrischen Parteizweig auf Drängen Nassers auf. Viele jüngere und links eingestellte Parteimitglieder sahen darin einen Verrat durch die eher konservative Parteispitze um Michel Aflaq. Einige der Opponenten gründeten daraufhin in Kairo, wo sie als Offiziere stationiert waren, ein geheimes Baathistisches "Militärkomitee", zu dessen fünf Initiatoren ein bis dato unbekannter Offizier namens Hafiz al-Assad gehörte. 1963, zwei Jahre nach dem Scheitern des ägyptisch-syrischen Vereinigungsprojektes, putschte sich diese Gruppe in Syrien an die Macht und begründete die seitdem ununterbrochene Herrschaft der Baath-Partei in Syrien.
Das Militärkomitee, das kein offizielles Gremium war und dessen Existenz lange Zeit geleugnet wurde, beherrschte zu diesem Zeitpunkt bereits die gesamte syrische Partei. Die gesamtarabische Führung spielte fortan nur noch eine untergeordnete Rolle und wurde 1966 nach blutigen Machtkämpfen innerhalb des Militärkomitees für abgesetzt erklärt. Die Führungsmitglieder wurden verhaftet oder flüchteten ins Ausland. Aflaq selbst starb letztes Jahr in Bagdad. Bis heute ist er in Syrien eine "Unperson". Sein Kampfgefährte und Mitbegründer der Partei, al-Bitar, war 1980 in Paris vom syrischen Geheimdienst ermordet worden.

Die von den syrischen Genossen geschaffte "alte Garde" besaß aber noch eine große Anhängerschaft im irakischen Zweig der Partei, in dem Aflaq und Bitar ihre Position sogar stärken konnten. Geschickt hatten sie den Sturz des ersten irakischen Baath-Regimes 1963 für sich nutzen können: Sie beauftragten ihr genehme Mitglieder - darunter einen gewissen Saddam Hussein - mit der Führung der neuformierten Partei. Als sie im Juli 1968 durch einen Putsch die Macht zurückerobern konnte, war man in Damaskus alles andere als begeistert. Ideologische Differenzen spielten in dem folgenden Konflikt, der quasi über Nacht von einem innerparteilichen zu einem zwischenstaatlichen mutierte, aber kaum noch eine Rolle. Und auch die weitere Entwicklung des syrisch-irakischen Konflikts hat so gut wie nichts mehr mit Ideologie zu tun. Damaskus und Bagdad stritten sich in der Folgezeit heftig um eher banale Angelegenheiten wie z.B. um die Transitrolle für die irakische Ölpipeline durch Syrien. Selbst Iraks Unterstützung bei Assads Staatsstreich im November 1970 bewirkte nur eine vorübergehende Entspannung. Hatte das irakische Regime gehofft, so mußte es sich bald eines besseren belehren lassen: Die alte Feindschaft brach bald wieder aus.

Feindschaft bis aufs Blut
Nach einer vorübergehenden Annäherung 1978/79, die sogar Vereinigungspläne der beiden Länder reifen ließ, verschärfte sich der Konflikt dann zunehmend. War man bisher bemüht gewesen, dem jeweiligen Rivalen eins auszuweisen, so hatte man es von nun an darauf abgesehen, ihn möglichst vom Sockel zu stürzen. Maxime: "Der Feind meines Feindes ist mein Freund".
Der Irak war damit zu Beginn der 80er Jahre auch beinahe erfolgreich, als mit seiner Hilfe die islamistische Opposition in Syrien einen blutigen Bürgerkrieg entfachte und das Assad-Regime ins Wanken geriet. Umgekehrt stellte sich Syrien während des Golfkrieges auf die Seite des Iran. Der syrisch-irakische Konflikt wird sogar im Libanon ausgefochten, wo der Irak den christlichen General Aoun gegen die syrischen Besatzer unterstützt. Spätestens seit Assad 1970 und Hussein 1978 in

ihren Ländern die Führung in Partei und Staat übernommen haben, dient die Baath-Partei in beiden Ländern nur noch zur Absegnung der jeweiligen Präsidenten und ihrer Cliquen. Ihre Geschichte zeigt, daß die hehren Ansprüche von einst zur reinen Makulatur verkommen sind. Je mächtiger die Partei wurde, desto blutiger wurden die Konflikte ausgegossen: Bei der Verfolgung politischer Gegner - inner- wie außerhalb der Partei - wurde weder vor Mord noch vor Geiselnahme zurückgeschreckt. Saddam Hussein machte sich sogar des Völkermordes an den KurdInnen schuldig. Mit der Parole "Einheit, Freiheit, Sozialismus" trat die Baath-Partei einst an. Jetzt herrschen "Zwietracht, Folter, Korruption".
Die momentane Begeisterung der AraberInnen gilt denn auch Saddam Husseins Politik der Stärke gegenüber den USA und nicht dem Baathismus oder der Partei. Selbst als profane Rechtfertigungs-ideologie scheint der Baathismus nicht mehr zu taugen: Der Irak tritt in der Golfkrise nicht mehr, wie noch während des Krieges mit Iran, als Verteidiger der arabischen "umma" auf. Jetzt gibt er vor, den Islam zu verteidigen, der in der Baath-Ideologie nur "kulturelles Erbe" der arabischen Nation ist. Saddam Hussein erweist sich also als lernfähig - schließlich konnte er im (letzten - d. S.) Golfkrieg das Mobilisierungspotential des Islam eingehend studieren.

Jürgen Loer



Naher Osten

LEBEN ALS VERTEIDIGUNGS FALL

DIE "NEBENSCHÄDEN" DES GOLFKRIEGES

medica
International
Chemie- und Pharmazie
Dr. (U.S.A.)

Die Generäle erklären den guten Verlauf des Vernichtungsplanes.

Auch die Endoffensive fand samt Napalmeinsatz die wortreiche Zustimmung der Weltspitzenpolitiker. Der Krieg am Golf sei ein Krieg gegen den Despoten Saddam Hussein gewesen, dessen Machtapparat man in wortlosem Einvernehmen jahrelang ausgebaut und perfektioniert hat. Auch noch nach den Bildern von Halabja. Der Krieg wurde geführt mit allem, was die Welt an Vernichtungspotential aufzubieten hat. Die Zivilbevölkerung der in Todesboxen aufgeteilten Region betrug ca 20 Millionen Menschen, bildete aber für die internationale Sprachregelung nur die von Saddam Hussein zur Vernichtung freigegebene Schadensmasse. Die alliierten chirurgischen Eingriffe trennten angeblich säuberlich zwischen despotisch befohlenem - mittlerweile ausgehungerten, skorbutbefallenen - Soldatenkörper und dem zivilen Gewebe. Mit bedauerlich unvermeidlichen "Nebenschäden", denen man jetzt wieder die Völkerfreundschaft versichert.

Der Anblick der "Nebenschäden" blieb den Zuschauern der ersten Reihe weitgehend erspart: Zerstörung, Tod, Leid. Hunderttausendfach multiplizierbar. Unbeschreibbar in der Sprache der Nichtbetroffenen. Zunächst wurden sie von Militärzensoren heimlich beiseitegeschafft oder zu irakischen Täuschungsversuchen umgedeutet. Mit Beginn der Bodenoffensive wurden sie nun ganz offiziell nicht mehr zugelassen, "um den Verlauf der Kampagne nicht zu gefährden". In Kürze dürfen sie nun wieder vor die Kamera, in Massen verstört, familienent-eignet, Kriegskrüppel mit Kontonummern links oben im Bild. Der abendländische Humanismus erholt sich wieder an Care-Paketen.

Die Informationen, die wir von Ärzten aus der Kriegsregion haben, sind in ihrer Spärlichkeit schrecklich genug: Verbreiteter Hunger infolge des andauernden und totalen Nahrungsmittelembargos, das vor allem die zivilen Gruppen lebensgefährlich betrifft. Kleinkinder werden mit Mehl und Flußwasser ernährt, für zuvor flaschenernährte Säuglinge fehlt noch immer Babynahrung oder Milchpulver. Die Zerstörung der Wassertanks und Pumpanlagen zwangen viele Einwohner Baghdads, ihr Trinkwasser aus Flüssen oder Hotelschwimmingpools zu schöpfen. Wasserübertragene Krankheiten sind sprunghaft angestiegen, epidemieartige Ausbreitung ist abzusehen. Die Stromausfälle haben die Kühleinrichtungen außer Funktion gesetzt, die meisten Impfstoffe, einschließlich Masern-, Tetanus- und Poliovakzine sind verdorben. Kinderlähmung mußte bereits bei vielen Kindern diagnostiziert werden. Die meisten Krankenhäuser sind beschädigt, ihre Fenster sind infolge der Druckwellen bei nahegelegenen Bombardierungen zersplittert, andere sind mehrmals bombardiert worden und weitgehend zerstört. Bei Evakuierungen sind ungezählte Todesfälle aufgetreten. Manche Ärzte und Ärztinnen arbeiten noch immer ohne Wasser, Desinfektionsmittel und Antibiotika, ohne Strom sowieso; Sterbende in den Fluren, über die die nächsten Verwundeten hereingebracht werden. Die vorhandenen Medikamente sind vollkommen unzureichend; viel zu häufig werden Amputationen erforderlich. Ungefähr ein Viertel der Krankenhaupatienten soll einem ausländischen Korrespondenten zufolge während des stationären Aufenthaltes gestorben sein. Bereits vor dem Kriegsausbruch habe sich die Kindersterblichkeit infolge des Embargos verdoppelt.

Außerhalb von Bagdad ist die Situation vielfach unbekannt, mit Sicherheit aber noch dramatischer: Transportprobleme und abgebrochene Telephonverbindungen hatten manche Ortschaften fast vollständig von medizinischer Versorgung und Nachschublieferungen abgeschnitten.

In diesem Krieg, der erstmalig im "Auftrag" der Vereinten Nationen geführt wurde, sind eine Vielzahl von internationalen Konventionen über den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten verletzt worden - einschließlich der Universellen Erklärung der Menschenrechte, der Genfer Konventionen, der Konventionen über die Rechte des Kindes, der internationalen Übereinkunft über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, der Erklärung zum Schutz von Frauen und Kindern bei Notstand und bewaffneten Konflikten, der allgemeinen Erklärung zur Beseitigung von Hunger und Unterernährung und der Erklärung des Rechts der Völker auf Frieden, um nur ein paar zu nennen.

lg

Die Genfer Konventionen verbieten die Zerstörung von Strom- und Wasserversorgungssystemen, genau wie die Angriffe auf Atomanlagen und Chemiewaffenfabriken. Die Bombardierungen dieser Einrichtungen mögen erklären, daß deutsche Spürpanzer in der Türkei gesundheitsgefährdende Giftstoffkonzentrationen feststellten; die Zivilbevölkerung wurde jedoch nicht gewarnt. Benzinbomben, Splitterbomben, Napalmbomben wurden eingesetzt; mit welcher Unverhältnismäßigkeit der Mittel ein Diktator bekämpft wurde, werden erst die abschließenden Todesstatistiken zeigen.

Es widerspricht eindeutig dem Prinzip der medizinischen Nichtdiskriminierung, wenn nicht zuallermindest das gleiche Bettenangebot auch an die irakischen Verwundeten gemacht würde. In welchen zerbombten, strom- wasser- und nachschubgestörten Krankenhäusern Zivilisten und Soldaten jetzt im Eilverfahren notoperiert werden, bleibt besser ungewußt. Wie viele Menschen zukünftig an verstümmelten Gliedmaßen, verllorener Sehkraft und fehlvernarbten Verbrennungswunden leiden, wird den Wiederaufbauvertretern und Hilfsorganisationen in Kürze ersichtlich werden. Die psychischen Traumata eines Krieges, den ein Diktator und die alliierten Ölinteressen über sie verordnet haben, wird den Opfern und allen ernsthaften Friedensbemühungen sowieso ewig zu schaffen machen.

Wir fordern alle Politiker und ganz besonders diejenigen, die die Aufrüstung des Iraks, den Versand von Bundeswehreinheiten in die Osttürkei und die tatkräftige Unterstützung der Alliierten Streitkräfte verantwortet haben, dazu auf, dem Prinzip der medizinischen Gleichbehandlung durch die Bereitstellung von Betten für die irakischen Kriegsoffer Rechnung zu tragen.

Bitte helfen Sie dabei, diese und weitere humanitäre Hilfe gegen die Schäden des verheerenden Krieges zu finanzieren.

1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 501 02) oder
Postgiro Köln 6999-508,
Stichwort: "Zivilhilfe Golfkrieg"



Frieden und Freiheit für das kurdische Volk

Am 16. März 1991 jährte sich zum dritten Mal der Tag des mörderischen Giftgasangriffes auf die kurdisch-irakische Stadt Halabja, bei dem an einem Tag 5000 Menschen eines qualvollen Todes starben.

Dieser Angriff war der Höhepunkt einer vernichtenden Großoffensive der Armee Saddam Husseins gegen das kurdische Volk im Irak, das für seine Freiheit und nationale Selbstbestimmung kämpft. Die flächendeckenden Artillerieangriffe und Giftgasbombardements kosteten etwa 30000 kurdischen Zivilisten das Leben, hunderttausende flohen über die türkische und iranische Grenze.

Angesichts dieser Situation benötigt das kurdische Volk unsere solidarische Hilfe. Unterstützen Sie daher die Forderungen:

Stoppt die Geschäfte deutscher Todeshändler

Verbot von Rüstungsexporten

Keine deutsche Militärhilfe für die Türkei

Die von Deutschland an die Türkei gelieferten Waffen werden mit Wissen der Bundesregierung gegen die türkische Zivilbevölkerung und vor allen gegen die Kurden eingesetzt. Helfen Sie bitte mit, den Kurden in den Elendslagern und den irakischen Kriegsoffern das Überleben zu ermöglichen, durch eine großzügige Spende an Medico International. Die Hilfsorganisation arbeitet vor Ort zusammen mit den Selbstverwaltungsgremien der Betroffenen und sichert so den effektiven Einsatz der Hilfsmittel wie Nahrung, Kleidung, Medikamente usw. (Konto-Nr. 1800, Sparkasse Frankfurt, Stichwort Kurdistan).

Darmstädter Solidaritätskomitee Kurdistan

Regelmäßiger Treffpunkt mittwochs 19 Uhr 30 im Bücherforum Johannesviertel, Liebigstr.6

10

Internationale Kurzmeldungen

01.03.91 Radio Tunis 0.00 Uhr
Reaktionen auf die Waffenruhe:
Moskau: der sowjetische Außenminister hat heute erklärt, daß die UdSSR die neue Sicherheitsordnung am Golf unterstützt, wenn der Irak nicht davon ausgeschlossen wird.

Teheran: ist gegen jede ausländische Intervention im Irak oder die Teilung des Irak.

Australien: die Palästinenserfrage muß gelöst werden, um Frieden in der Region zu schaffen.

Ein PLO-Sprecher erklärte heute, daß die Zeit für den Weltsicherheitsrat ist, die gesamten Konflikte in der Region zu lösen

Der israelische Außenminister hat einen Brief an seine Kollegen in der Allianz geschrieben und folgende Bedingungen für die Nachkriegszeit gestellt:

- Zerstörung aller Abschußrampen der Al-Husseini Raketen;
- Vernichtung aller chemischen Waffen und ihrer Produktionsstätten (Anm: der stellvertretende Außenminister deutete an, Israels Armee müsse dies notfalls selbst übernehmen);
- Verbot von technischem Know-How, das für die Produktion von Massenvernichtungswaffen gebraucht werden kann;
- Der Irak muß sich verpflichten, Israel nicht mehr zu bedrohen
- Das Wirtschaftsembargo muß aufrecht erhalten werden.

07.03.91 RÖI Wien 22.00 Uhr
Der Vorsitzende des EG-Außenministerrates Poos sagte zum israelischen Außenminister, eine Nahost-Konferenz habe keine Priorität und werde nur bei Aussicht auf Erfolg unterstützt.

12.03.91 Tanjug
Der französische Premierminister hat in einem Interview darauf bestanden, daß Kuwait als freier Staat mit einer legitimierten Regierung und gesicherten Grenzen anerkannt wird, genau wie Israel und auch genau wie ein Staat der Palästinenser !!! Er forderte weiterhin den Abzug aller (!) ausländischen Truppen aus dem Libanon.

18.03.91 FR S.2
Die UdSSR hat US-Außenminister Baker einen neuen, sechs Punkte umfassenden Plan für eine Nachkriegsordnung im Nahen Osten vorgelegt. Er sieht die Reduzierung der ausländischen Truppen in der Region auf den Stand vor dem 2. August 90 vor. Wie der Außenministerissprecher sagte, wird die Aufstellung einer UN-Friedenstruppe unter vorwiegend arabischer Beteiligung vorgeschlagen.

03.03.91 BBC (arabisch) 19.40 Uhr
Israelische Kampfflugzeuge haben heute den einzigen Stützpunkt der AL-Fatah (die größte Fraktion der PLO) im Süd-Libanon angegriffen.

07.03.91 Tanjug
Der englische Außenminister Douglas Hurd kritisierte gestern die israelische Politik in den besetzten Gebieten und bezeichnete die von Israel angewandten Praktiken gegenüber den Palästinensern in der Westbank und im Gaza-Streifen als einen großen Fehler.

16.03.91 Deutsche Welle 18.00 Uhr
Für US-Präsident Bush und den britischen Premierminister Major ist eine Beteiligung der PLO an einem Friedensprozeß nicht notwendig.

19.03.91 RSI Stockholm 20.00 Uhr
Syrien beharrt auf der Rückgabe der von Israel besetzten Golan-Höhen und der übrigen besetzten Gebiete. Israel will die Anzahl der auf den Golan-Höhen angesiedelten Juden in den nächsten Jahren verdoppeln.

03.03.91 Deutsche Welle 23.10 Uhr
US-Außenminister Baker sagte, "die Behandlung Iraks in der Zukunft wird vom Verbleib Saddam Husseins abhängen". Das irakische Volk solle den Diktator stürzen. Wenn nicht, so wird es ihm nicht sehr gut ergehen.

05.03.91 Radio Tunis 0.00 Uhr
Der irakische Außenminister Tariq Aziz hat einen Brief an den UNO-Generalsekretär geschrieben, in dem er die Alliierten beschuldigt hat, den Waffenstillstand zu verletzen. Die alliierten Kampfflugzeuge hätten den Luftraum Bagdads mit Tiefflügen verletzt, was vor allem die Kinder in Angst und Schrecken versetzt hätte.

07.03.91 NDR4 18.40 Uhr
Die USA fordern von Israel einen Verzicht auf die von ihnen besetzten Gebiete. Dieses lehnt Israel kategorisch ab; es werde keine territorialen Zugeständnisse an die Palästinenser geben. Außenminister Levy sagte, die USA hätten die Situation noch immer nicht begriffen.

10.03.91 BBC (arabisch) 14.00 Uhr
Präsident Bush hat vor Journalisten in Washington erklärt, daß die USA zur Zeit nicht bereit sind, den Dialog mit der PLO wieder aufzunehmen und kritisierte gleichzeitig den Führer der PLO Yassir Arafat scharf für seine Unterstützung des Iraks während des Golfkrieges. Er fügte hinzu, daß die palästinensische Führung ihre Freunde verraten habe, sagte aber weiter, daß es immer noch "gute" Persönlichkeiten in der PLO gäbe.

16.03.91 FR S.7
Israels Außenminister Levy: "Die ganze Welt ist sich einig, solange Saddam an der Macht ist, werden die Sanktionen gegen den Irak fortgesetzt, und warum, weil er die westlichen Interessen verletzt hat." Er erklärte außerdem, daß Israel bereit sei, Beobachter für die Wahlen in den besetzten Gebieten zu zulassen, allerdings begrenzte er deren Anzahl auf "ein oder zwei".

14.03.91 Radio Teheran 19.15 Uhr
Die USA wollen auf einer kuwaitischen Insel und später auch in Amman, Bahrain und Qatar US-Luftstützpunkte errichten.

16.03.91 FR S.2
In der Prage eines Waffenstillstandes und eines Truppenabzuges sind US-Präsident Bush und Frankreichs Präsident Mitterrand uneins. Bush sieht einen entgeltigen Waffenstillstand und den US-Truppenabzug aus dem Irak durch das Vorgehen der irakischen Militärs gegen die Aufständischen gefährdet. Mitterrand versicherte, er halte das Mandat der multinationalen Truppen für beendet. Alle Bedingungen für einen Waffenstillstand seien gegeben, die Truppen könnten zurückkehren.

17.03.91 RFI Paris 18.00 Uhr
Der französische Außenminister sagte, die französischen Truppen werden noch einige Wochen in Qatar bleiben. In Kuwait sollen die Truppen noch verstärkt werden.

18.03.91 DT64 7.45 Uhr
US-Armee-Sekretär Stone erklärte, es gebe noch keinen Zeitplan für den US-Truppenabzug. Es sei auch nach Jahres Mitte noch eine Truppenpräsenz in der Region erforderlich.

20.03.91 Deutsche Welle 8.00 Uhr
Es sind noch immer 460.000 US-Soldaten und 200.000 Alliierte Truppen am Golf stationiert.

Internationale Kurzmeldungen

27.2.91 ZDF 21.45 Uhr
Im Irak und Kuwait fiel wieder schwarzer Regen. Der Rauch verdunkelte den Himmel so stark, daß selbst tagsüber Straßenbeleuchtung nötig gewesen wäre. ...Der giftige Rauch wird im Laufe der Monate nach Tibet und nach Indien ziehen.

4.3.91 FR und taz / 14.3.91 taz
Das Worldwatch-Institut spricht vom "ökologisch verheerendsten Krieg" der Geschichte. Nach vorsichtigen Schätzungen verbrennen täglich 2,5 - 3 Millionen Barrel (zweimal soviel, wie die kuwaitische Tagesproduktion vor dem Krieg). Auch aus der irakischen Region um Basra werde von Ölfeuern berichtet. Die Rauchwolke erstreckte sich über mehr als 1600 km von der Türkei im Norden bis zur Straße von Hormus. Nach Schätzungen werden monatlich 765 000 Tonnen Ruß ausgestoßen, die dann als saurer Regen zur Erde zurück gelangten und Boden und Ernte schädigten. Iranische Experten erklärten, 2,5 Mio. Hektar iranischer Golfs entlang des persischen Golfs und des Golfs von Oman seien bedroht.

11.3.91 ARD/ZDF Videotext 1.05 Uhr
In Kuwait-Stadt sind die Temperaturen bedingt durch den Qualm der brennenden Ölfelder auf die Hälfte des üblichen zurückgegangen. Schleimhauterkrankungen, besonders bei Kindern und alten Menschen, häufen sich.

AA

4.3.91 FR, Seite 2

95 Prozent der saudi-arabischen Küste sind von der Ölpest im persischen Golf verseucht. Das Rohöl ist inzwischen weitgehend verdunstet oder zu Schlick und Klumpen verdichtet, die nun auf den Boden der Küstengewässer absinken. Damit geraten auch die bislang überlebenden Korallenriffe in Gefahr. Am schwersten betroffen sind jedoch die Seevögel. Millionen Zugvögel aus Asien und Osteuropa sind auf ihrem Frühjahrszug durch den Zusammenbruch der Nahrungsketten bedroht.

19.3.91 Radio Moskau 20.00 Uhr
Infolge der Ölpest im Persischen Golf sind bereits 52 Vogelarten ausgestorben.

18.3.91 taz, Seite 7
Neben den bereits bekannten ökologischen Folgen des Golf-Krieges brachten jetzt der ägyptische Geologe Farouk El-Baz und Beobachter des World Conservation Monitoring Center in Cambridge bislang völlig unterschätzte Folgen in die Diskussion: Durch die Zerstörung der oberen Wüstenschicht werde es vermutlich vermehrt zu Sandstürmen kommen, die massiv die Landwirtschaft schädigen werden. Besonders groß sei die Gefahr für das Grundwasser, denn außer durch die Bombardierung von Chemieanlagen drohe vor allem auch durch das ungeklärte Ablassen der Abwässer von mehr als 1.000.000 Soldaten über mehrere Monate (hält immer noch an!) das Grundwasser nachhaltig verseucht zu werden. Beim Zerbomben der Brücken seien zudem auch Fäkalienleitungen zerstört worden, die in den Brücken verlegt waren. Die Abwässer fließen nun frei in die Flüsse und verseuchen diese.

16.03.91. International Herald Tribune
Bislang ist unklar, was mit den 23 Kilogramm Uran passiert ist, nachdem US-Flugzeuge das irakische Nuklearforschungszentrum zu Beginn des Krieges zerstört hatten. Die internationale Atomenergie-Behörde in Wien befürchtet, daß die Iraker das Uran und andere gefährliche Materialien bereits vor der Bombardierung beiseite geschafft haben.

Internationale Kurzmeldungen

08.03.91 Deutsche Welle 15.05 Uhr/Rias 1 22.15 Uhr/Radio Teheran(arabisch)

Der iranische Präsident Rafsanjani forderte, die irakische Regierung unter Saddam Hussein solle umgehend zurücktreten, sonst werde man die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Er warnte den Irak, das brutale Vorgehen noch weiter durchzuführen. Wörtlich: "Ich warne Sie, die Befehle noch weiter auszuführen!"

10.03.91 Tanjug
Ein Sprecher der Irakischen Opposition in Teheran sagte, daß einige Tausend irakische Emigranten im Iran sich den verbitterten Menschen im Irak angeschlossen hätten. Nach Informationen aus irakischen Oppositionskreisen hat der irakische Innenminister Sicherheitskräfte angefordert, die auf jeden schießen sollen, der rebelliert.

13.03.91 FR S.2

Die iranische Regierung nutzt nach Darstellung von Rebellen den Bürgerkrieg im Irak zu "einer ausgedehnten Invasion auf irakischem Territorium." In Mitteilungen ihres Kölner Büros gaben die gegen die schiitische Regierung Irans kämpfenden Volksmudschaheddin an, daß Vorgehen richte sich gegen Rebellenstützpunkte im Grenzgebiet. Aus Funksprüchen gehe aber auch hervor, daß Teheran mit seiner gesamten Revolutionsgarde Irak "besetzen" wolle.

15.03.91 FR S.2

US-Präsident Bush hat angesichts der Revolte schiitischer Moslems im Irak Besorgnis über mögliche Zugriffe Irans auf irakisches Gebiet geäußert. Bisher gebe es jedoch keine Anzeichen für ein solches Vorgehen.

05.03.91 persönlicher Kontakt

Saudi-Arabien plant, das Regime in Bagdad in Zusammenarbeit mit Saad Saleh Jaber und Ex-Generälen und Ex-Politikern der ehemaligen irakischen Regierung zu stürzen. Syrien beteiligt sich an diesem Plan. Die islamische Opposition des Iraks hat es abgelehnt, mit den Saudis zusammenzuarbeiten, und bekräftigte gleichzeitig ihre völlige Unabhängigkeit.

07.03.91 BBC englisch/Radio Iran (arabisch)/SAT 1 21.00 Uhr
Einheiten von Saddam Husseins Republikanischen Garde haben nun doch Senfgas gegen die Aufständischen in der südirakischen Stadt Basra eingesetzt. Dies meldet der Londoner "Daily Telegraph" unter Berufung auf britische Militärs. Verantwortlich für diesen Einsatz ist der neue Innenminister und Vetter Saddams Ali Hassan.

08.03.91 Radio Teheran (arabisch) 19.00 Uhr

In Bagdad gab es gewalttätige Demonstrationen gegen das Regime Saddams Husseins. Bei den Kämpfen im Irak sollen bereits 30.000 Menschen ums Leben gekommen sein.

09.03.91 FR S.1

Saddam Hussein hat nach Angaben von schiitischen Fundamentalisten und Kurden beiden Gruppen eine Beteiligung an der Macht angeboten. Die britische Zeitung "Guardian" meldete am Freitag, beide Oppositionsgruppen hätten dies abgelehnt.

12.03.91 Tanjug

Der Führer einer der einflußreichsten Oppositionsgruppen im Irak sagte, daß er für ein demokratisches Regierungssystem im künftigen "freien Irak" ist. In diesem Staat könnte er es sich auch vorstellen, daß das Amt des Staatspräsidenten und das des religiösen Führers personell getrennt wird.

12.03.91 Radio Iran 17.30 Uhr

Die irakischen Oppositionsparteien haben sich heute auf einer Konferenz in Beirut darauf geeinigt, das Land nach dem Sturz des Regimes Saddams Husseins gemeinsam zu regieren. Sie sind auch entschlossen, weiterhin gegen das Regime zu kämpfen.

14.03.91 Tanjug

30 Iraker mit Brandverletzungen, die von Napalm-Einsatz verursacht wurden, sind vorgestern in der iranischen Stadt Khorramshar eingetroffen. US-Militärexperten am Golf behaupten dagegen, daß es keine Beweise gäbe, daß die irakische Armee Napalm-Bomben einsetze, um die Kontrolle über Basra wieder zu erlangen.

05.03.91 Radio Tunis 0.00 Uhr
Ein amerikanischer Regierungssprecher bezeichnet die Situation im Süden des Iraks als gefährlich, die US-Truppen hätten aber bisher von keiner Seite den Ruf nach Hilfe erhalten. (.sie warten aber darauf ??!)

08.03.91 Radio Sachsen-Anhalt 22.10 Uhr

US-Verteidigungsminister Cheney sagte, die USA seien sicherlich an einer neuen Regierung in Bagdad interessiert, jedoch gebe es schlimmeres als Saddam an der Macht. (Er meint damit wohl schiitische Fundamentalisten, die vom Iran unterstützt werden).

10.03.91 RCI Montreal 18.20 Uhr

Es stehen US-Luftstreitkräfte bereit, um Angriffe gegen irakische Truppen zu fliegen, die C-Waffen gegen die Aufständischen einsetzen.

16.03.91 FR S.1 und 2 / 15.03.91 R.Moskau 21.05 Uhr

Der Chef der kurdischen National-Union sagte, die Saddam-treuen Truppen setzten seit Tagen schwere Artillerie und Kampfhubschrauber gegen die Rebellen ein. Erstmals habe die irakische Luftwaffe Bombenangriffe auf die Orte Deschelda, Kifri, Chanani, Jamajamal und Kalar geflogen. Auch nach Angaben von US-Regierungskreisen hat die irakische Führung ihre im Golfkrieg untergetauchte Luftwaffe aktiviert. Nach Erkenntnissen der Alliierten haben irakische Piloten Kampfflugzeuge in das Landesinnere geflogen. Das widerspreche "eindeutig" den Bestimmungen der Waffenruhe und müsse von den Alliierten geahndet werden. Zum zweiten Mal hat US-Präsident Bush die irakische Regierung ermahnt, Hubschrauber-Einsätze zur Unterdrückung der Rebellen zu unterlassen. Dies erschwere die Gespräche über einen Waffenstillstand. Vor Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrages aber würden die US-Truppen nicht aus der Golfregion abrücken. Der Sprecher der US-Streitkräfte am Golf sagte am Freitag, US-Einheiten seien bis zur Waffenstillstandslinie vorgerückt. Mit dem Vormarsch solle die Präsenz der Truppen unterstrichen werden.

16.03.91 Herald Tribune

Der US-General Powell erklärte, das Ziel US-Truppenbewegungen im Süden Iraks sei, die amerikanische Präsenz zu demonstrieren. Dies sei als klares Signal an Saddam Hussein gedacht, der durch Druck dazu gebracht werden solle, entweder mit den Aufständischen zu verhandeln oder er riskiere eine neuerliche Konfrontation mit den USA. Nach Angaben der "Washington Post" haben die Alliierten ihre Luftpatrouillen verstärkt.

17.03.91 ARD 20.05 Uhr

Bagdad hat die Alliierten um die Lockerung des Flugverbots für Kampfflugzeuge gebeten, um die Aufständischen besser bekämpfen zu können.

17.03.91 Deutsch Welle 22.09 Uhr
US-Außenminister Baker teilte mit, daß es abgelehnt worden ist, das Flugverbot für die irakische Luftwaffe aufzuheben.

12

ungen

20.03.91 R.Moskau 21.00 Uhr / u.a.
Nach eigenen Angaben kontrollieren die kurdischen Rebellen mittlerweile ein Fünftel des irakischen Territoriums. 15.000 Einwohner Kirkuks sollen von Regierungstruppen nach Bagdad verschleppt worden sein. 150.000 - 200.000 Einwohner der Stadt Mosul, die, so bestätigten auch Sprecher zweier Kurdenbewegungen, noch immer unter der Kontrolle von Regierungstruppen steht, ist befohlen worden, die Stadt zu verlassen. 20.000 Menschen sollen als Geiseln festgehalten werden. Darüber hinaus sollen Regierungseinheiten Massenerschießung durchführen. Flüchtlinge aus Basra berichten, das Regierungstruppen Menschen vor ihren Familien erschossen haben. Die Straßen lägen voller Leichen. Schiitische Rebellen berichten, in Basra sei der Ausnahmezustand verhängt worden.

20.03.91 R.Moskau 21.00 Uhr / u.a.
Erstmals seit Beginn der Waffenruhe haben US-Piloten ein irakisches Flugzeug abgeschossen. Dies wurde damit begründet, daß der Einsatz von Flugzeugen seitens des Iraks gegen die Bestimmungen der Waffenruhe verstoße. Die irakische Luftwaffe ging massiv gegen die Aufständischen vor. In Kirkuk wurde, so ein kuwaitischer Führer, Napalm, Phosphor, Giftgas und Schwefelsäure eingesetzt. Von kurdischen Rebellen eroberte Ölquellen wurden bombardiert und gingen teilweise in Flammen auf. Der Chef der Patriotischen Union Kurdistans, drohte mit der Sprengung der Staudämme Dakan und Darbandkhan falls Saddam Hussein Chemiewaffen einsetzen sollte.

US-Präsident Bush erklärte, jedes irakische Flugzeug werde abgeschossen. Pentagonsprecher Williams sagte, Hubschraubereinsätze gegen die Rebellen würden als "Bedrohung der Streitkräfte der Koalition" betrachtet. Ein Sprecher des US-Außenministeriums teilte mit, daß sich die USA aus den Kämpfen im Irak heraushalten würden.

Internationale Kurzmeldungen

07.03.91 FR S.2
Die türkische Polizei hat am Di die Redaktion der oppositionellen Zeitung "Yüzyil" in Ankara besetzt. Alle MitarbeiterInnen, sowie JournalistInnen anderer Zeitungen, die sich über den Vorfall informieren wollten, wurden verhaftet. "Yüzyil" ist die Nachfolgerin der von den türkischen Behörden verboten Zeitung "2000e dogru".

07.03.91 FR S.2
Als Folge des Golf-Krieges bleibt in Süd-Ost-Anatolien, wo seit 1987 der Ausnahmezustand herrscht, eine gewaltige türkische Truppenkonzentration zurück. Am Tag des Waffenstillstandes begann eine neue Offensive der Sicherheitskräfte gegen die oppositionelle Kurdische Arbeiterpartei, die Region wurde für die Presse gesperrt.

19.03.91 Radio Iran 17.30 Uhr / Tanjug
Der Oberbefehlshaber der türkischen Armee erklärte gestern, daß die türkischen Streitkräfte, die an der türkisch-irakischen Grenze stationiert sind, nicht (!) verlegt werden, weil die Lage im Irak noch nicht stabil genug ist.

14.03.91 TANJUG/ARD
Die Türkei unterstützt immer offener die kurdischen Rebellen im Irak. Der Führer der "kurdischen patriotischen Allianz" hat in Ankara um Waffenhilfe nachgefragt. Präsident Özal gestand ein, Kontakte zu führenden Kurdenvertretern zu haben.

15.03.91 FR S.6
Anläßl. des dritten Jahrestages des Massakers von Halabja, bei dem am 16.3.88 rund 5000 Kurden durch irak. Giftgas getötet wurden, forderte der Generalsekretär von amnesty international, einen generellen Abschiebestopp für kurd. Flüchtlinge. Nach seinen Angaben sind während des Golf-Krieges rund 27.000 Kurden aus dem Irak in die Türkei geflüchtet, denen nun die Zwangsausweisung drohe. Den etwa zehn Millionen in der Türkei lebenden Kurden werde generell das Recht auf kurdische Identität verweigert. Alexander Sternberg-Spohr von der Gesellschaft für bedrohte Völker sagte, während der Bombenangriffe auf Irak seien rund 3000 Kurden ums Leben gekommen. Seit dem Waffenstillstand seien weitere 12.000 Kurden, Turkmene und christliche Assyrer Opfer der Republikanischen Garden Saddams geworden. Mehr als 100.000 Kurden und irakische Soldaten haben sich nach Informationen der Gesellschaft während des Golf-Krieges in die nordirakischen Berge geflüchtet. Sie hausten dort völlig ungeschützt vor Verfolgung und Hunger und bedürften dringend internationaler Hilfe.



Internationale Kurzmeldungen

08.03.91 Tanjug
Hochrangige UNICEF-Beamte, die einige Tage vor (!) dem Waffenstillstand in Bagdad waren, haben gesagt, daß 25% der Bevölkerung ohne jegliche Wasserversorgung leben, weil die Wasserleitungen zerstört sind. außerdem ist es z.B. unmöglich große Teile der Bevölkerung gegen drohende oder schon ausgebrochene Seuchen zu impfen, weil keine Stromversorgung zum Kühlen und Aufbewahren der Impfstoffe existiert.

12.03.91 BBC (arabisch) 20.40 Uhr
UNICEF erklärte heute in einem Communiqué, daß 250.000 Kinder in Jordanien unter Nahrungsmangel leiden. Und über eine Million Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. Dies sind die Folgen des Wirtschaftsemborgos gegen den Irak.

12.03.91 BBC arabisch 20.40 Uhr/13.03.91 FR S.2
Nach Angaben des irakischen Roten Halbmondes und von Radio Bagdad breiten sich Cholera und Typhus im Irak wegen Mangel an Trinkwasser und Hygiene aus. Hilfen sind dringend erforderlich.

19.03. FR S.2
15.000 bis 33.000 der geschätzten Million sogenannter "interner Flüchtlinge" im Irak und in Kuwait werden, so eine Studie der amerikanischen Harvard-Universität, in den nächsten sechs Monaten sterben. Es wird zudem von 1,5 Millionen Flüchtlingen ausgegangen, die in Nachbarländer geflohen sind oder fliehen werden. In den nächsten 12 Monaten wird täglich einer von 10.000 Menschen zu meist an "Masern, Durchfallerkrankungen, akuten Atemwegsinfektionen in Verbindung mit Unterernährung und Vitaminmangel" sterben. Besonders dramatisch werde die Sterblichkeit bei Kindern im Alter zwischen einem und vierzehn Jahren sein.

Internationale Kurzmeldungen

28.2.91 Tanjug
Die führende Familie in Kuwait (Al-Sabbah) will allgemeine Wahlen nach dem Krieg abhalten. Oberste Priorität hat jedoch erst einmal der wirtschaftliche Wiederaufbau Kuwaits, der wahrscheinlich 5 bis 10 Jahre dauern wird. (Also doch keine Wahlen? - Anm. d. Red.)

5.3.91 Stimme Griechenlands 20.45 Uhr
Die kuwaitische Regierung hat eine Ausgangssperre v on 22.00 bis 4.00 Uhr verhängt, die bis auf weiteres besteht.

5.3.91 taz und FR
Die US-Streitkräfte wollen herausfinden, warum sich ein hoher Anteil v on US-Splitterbomben als Blindgänger erwiesen hat. Diese stellten in einigen Gebieten Kuwaits eine noch größere Gefahr dar, als irakische Minen.

20.3.91 Tanjug
In Kuwait ist die einzige seit der Befreiung des Landes erscheinende Tageszeitung verboten worden. Das Informationsministerium gab keinen Grund an. Die Zeitung hatte am Montag zwei Artikel veröffentlicht, in denen die Untätigkeit der Regierung kritisiert worden war.

8.3.91 Tanjug
Der kuwaitische Premierminister und Kronprinz gab bekannt, daß sein Land auch weiterhin, trotz der Äußerungen der palästinensischen Führer, die Palästinenser in den besetzten Gebieten moralisch und finanziell unterstützen wird.

6.3.91 FR, Seite 2
Mitglieder der kuwaitischen Herrscherfamilie wollen nach Aussagen des Chefs der zweitgrößten Bank Kuwaits, führende Politiker der demokratischen Opposition ermorden lassen. Vergangene Woche war der Oppositionsführer Hamid Joaan bei einem Attentat schwer verletzt worden.

13.3.91 FR, Seite 2
Der Sprecher der kuwaitischen Opposition, Naibari, berichtete, sechs Mitglieder der Herrscherfamilie hätten ihre eigenen Milizen gegründet, die willkürlich Personen verfolgten, die sie beschuldigten, mit den Irakern zusammengearbeitet zu haben.

12.3.91 Tanjug

Die PLO will nicht ein neues Chatila oder Sabra in Kuwait zulassen. In den Lagern Chatila und Sabra waren Palästinenser reihenweise von israelischen Soldaten ermordet worden.

20.3.91 BBC 20.35 / 21.3.91 HR1 22.20
Augenzeugen und medizinisches Personal in Kuwait berichteten von Folterungen an Palästinensern und anderen Menschen in Kuwait. Die Opfer wiesen Wunden von brennenden Zigaretten und Folgen von Flüssigkeitsentzug auf. Teilweise hätten die Opfer Urin trinken müssen.

Internationale Kurzmeldungen

4.3.91 Deutschlandsender 6.40 Uhr
Der Bund hat 5,7 Mio.DM für humanitäre Hilfe am Golf zur Verfügung gestellt. (Anm.: Für den Krieg und die Zerstörung Iraks und Kuwaits hat die BRD 17 Mrd.DM bereitgestellt.)

17.3.91 Berliner Rundfunk 15.30 Uhr
An die USA wurden insgesamt 60 Mrd. Dollar von der int. Allianz gezahlt. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich aber auf nur 42 Mrd. Dollar. Der SPD-Abgeordnete Roth forderte deshalb, zuviel Gezahltes zurückzuverlangen und die Steuererhöhung anteilig zurückzunehmen.

21.3.91 FR, Seite 2
Der US-Senat hat die Bush-Regierung aufgefordert, die Waffenverkäufe an diejenigen Alliierten zu stoppen, die bis zum 15. April ihre Kriegsgelder noch nicht in voller Höhe gezahlt haben.

14.3.91 Tanjug
Kanada erwartet im Zuge des kuwaitischen Wiederaufbaus Aufträge im Wert von 10 Mrd. US-Dollar.

16.3.91 Tanjug
Der kuwaitische Botschafter bei der UN hat dazu aufgerufen, einen Hilfsfonds für Kuwait einzurichten. (Anm.: Der Staat Kuwait besitzt über 250 Milliarden US-\$ Rücklagen im Ausland und der Emir von Kuwait nennt das kleine Sümmchen von 200 Milliarden DM sein Eigen!!!)

16.3.91 Tanjug
Die Türkei bekommt 900 Millionen US-\$ als Entschädigung für finanzielle Verluste durch den Golfkrieg von Kuwait überwiesen.

17.3.91 NDR 1 22.00
Der israelische Außenminister Levy teilte nach seinem Bonn-Besuch mit, daß die BRD den Staat Israel in den nächsten Jahren massiv (1 Milliarde DM) bei der Integration sowjetischer Juden unterstützen wird.

18.3.91 FR, Seite 2
Die Weltbank hat mit Billigung der USA dem Iran erstmals seit 1978 einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar gewährt.

Internationale Kurzmeldungen

28.2.91 Tanjug/Radio Teheran 19.10 Uhr

Einige US-Alliierte am Golf wollen im großen Maß Waffen von den US-Amerikanern kaufen. Saudi-Arabien für 14 Mrd.US-\$. die Vereinigten Arabischen Emirate für 5 Mrd.US-\$. Agypten für über 3 Mrd.US-\$ und die Türkei für 1,6 Mrd US-\$.
(Anm.d.Red.: Wer denkt da nicht an die Aufrüstung des Iraks durch den Westen nach dem Sturz des Schahs in Teheran oder während und nach dem Iran-Irakkrieg ?)

6.3.91 Radio Teheran 19.15 Uhr
Der britische Premierminister sagte, wenn in Zukunft eine Armee in der Region stationiert werden sollte, dann muß es eine westliche sein.

7.03.91 Berliner Rundfunk 22.05 Uhr/
Frankf. Rundschau S.2

In Israel ist man beunruhigt, weil Syrien sich in großem Maße aufrüstet. Die ital. Zeitung "Corriere della Sera" berichtete von einer Ladung hochmoderner Scud-Raketen aus Nord-Korea für Syrien, die sich gegenwärtig auf einem Frachter im Mittelmeer befindet. Sie sollen eine Reichweite von 600 km haben und mit ABC-Sprengköpfen ausgerüstet werden können.

18.03.91 Frankfurter Rundschau S.2
DRS Schweiz 17.03.91 8:05
US-Außenminister Baker hat der Türkei die Lieferung eines Patriot-Systems zugesagt, sowie 200 Mio. Dollar zusätzliche Militärhilfe in Aussicht gestellt. Er deutete an, daß auch die Niederlande bereit sein könnten, der Türkei Patriot-Raketen zu schenken. Über die Stationierung von US-Waffen und Ausrüstung in der Türkei sei noch keine Entscheidung gefallen, diesbezüglich Pläne beider Regierungen würden jedoch "weiterentwickelt".

Internationale Kurzmeldungen

28.2.91 NDR4 23.35 Uhr
Kuba, Jemen und Indien verlangten im UN-Sicherheitsrat umgehend die Entsendung von UNO-Beobachtern in die Krisenregion am Golf. Diese wurde abgeblockt.

unzensurierte Falschmeldung
Falls die USA Truppen im Irak stationieren sollten und somit die UN-Resolution überschreiten würden, hat die deutsche Bundesregierung angekündigt, den Vereinigten Staaten ein Ultimatum zum Abzug zu stellen. Sollte diese Frist jedoch ohne positive Reaktionen aus Washington verstreichen, wollen die Bundeswehr und die sowjetische Rote Armee in den USA einmarschieren.

05.03.91 Frankfurter Rundschau S.4
Im Wehrbereich III (Nordrhein-Westf.) ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer im Februar gegenüber dem Vormonat um 350% gestiegen.

13.02.91 taz
Aus Angst vor Bombenanschlägen Zaun um Oldenburger Mahnwache vor dem Fliegerhorst gezogen. Nur noch 1 Schlupfloch geblieben. (Wer wird geschützt und nutzt das Loch?)

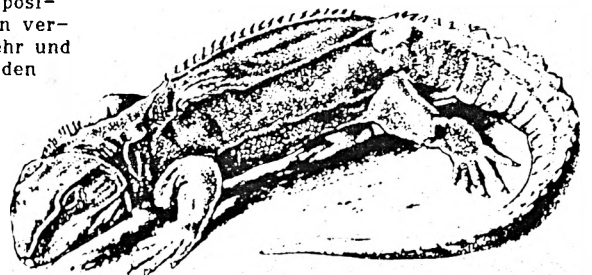
07.03.91 Frankfurter Rundschau S.1
Der Sprecher des französischen Außenministers Daniel Bernard, mahnte zur "Vorsicht" gegenüber Informationen, vor allem aus US-Quellen.

07.03.91 Frankfurter Rundschau S.1
Nach fast zweimonatiger Unterbrechung dürfen in den Golf-Staaten wieder Wettervorhersagen veröffentlicht werden. (Die weiteren Vorhersagen: Bombenhagel, tief fliegende Raketen, Giftgasnebel und schwarzer Regen!!!)

15.03.91 Die Zeit S.33
"Zwar haben die Vereinigten Staaten am Golf gerade ihren Führungsanspruch militärisch und polit. noch einmal geltend gemacht. Sollte es ihnen jedoch nicht gelingen, im wirtschaftl. Wettlauf gegenüber Japan und Westeuropa verlorenen Boden wiedergutzumachen(...), dann werden sie über kurz oder lang die Führungsrolle abtreten müssen. Der Traum von der alleinigen Hegemonialmacht wäre nur von kurzer Dauer." Zu diesen Schlüssen kommt Paul Krugman, Prof. für Wirtschaftswissenschaft am Massachusetts Institute of Technology, "einer der führenden Außenhandelstheoretiker der Gegenwart."

13.03.91 Radio Iran 11.30
Der amerikan. Verteidigungsminister Dick Cheney bezeichnete die Situation im Irak als instabil. Der Irak setze alle seine Kräfte ein, um die Aufständischen zu besiegen. Trotzdem seien 12 Städte unter der Kontrolle der Opposition. Die Stärke der iran. Armee, die immer noch in der Lage sei, das Land zu beherrschen, führte er auf ihre unzureichende Zerstörung durch die alliierte Armee während des Golfkrieges zurück.

09.03.91 Frankfurter Rundschau S.4
Im Februar haben etwa 30.000 Männer den Kriegsdienst verweigert das ist eine Steigerung gegenüber Januar um gut 36%. Im gesamten zweiten Halbjahr hatten 33,265 Männer verweigert.



14

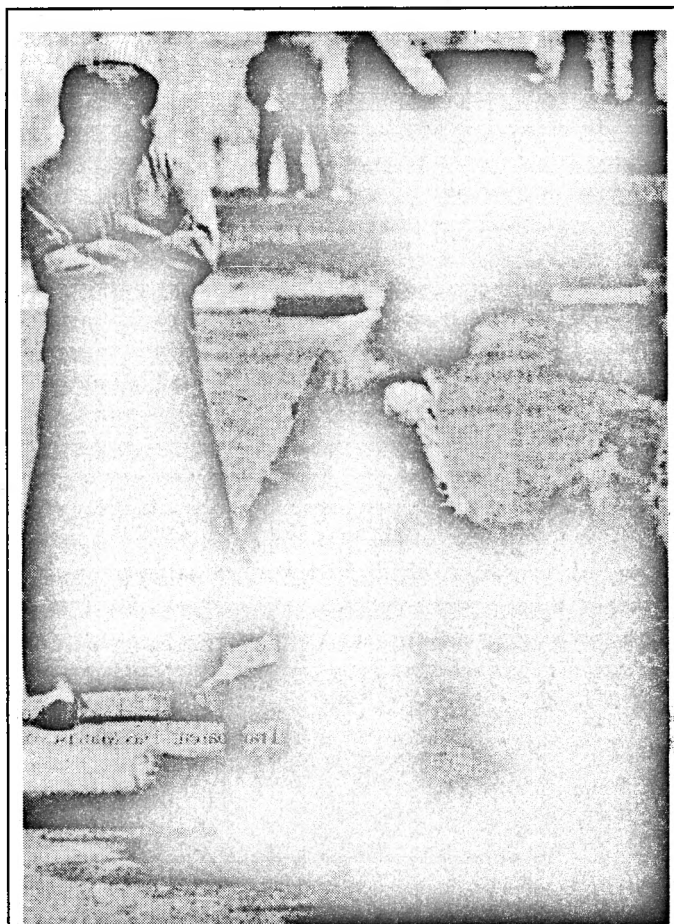
Waffenstillstand

die Sieger
sitzen satt am Tisch
und teilen
ihren Frieden aus

die Verlierer
lauern hungrig
auf bessere Zeiten

die Toten
werden jetzt wieder
lebendig gemacht

H.C.S.



Kuwaitis lassen aufräumen

Ein Kuwaiter sieht zu, wie sein asiatischer Angestellter Öl vom Auto seines Arbeitgebers entfernt. Viele Kuwaiter warten auf die Rückkehr ihres Personals, bevor sie mit den Aufräumarbeiten beginnen.

Foto: Reuter

Verdacht bestätigt: Startbahn-West für Nah-Ost

Bereits 1979, nach dem Sturz des Schahs von Persien, als im Nahen Osten für die USA ein "Machtvakuum" zu entstehen drohte, begannen die us-amerikanischen Militärstrategen mit der Planung einer "Schnellen Eingreiftruppe" (RDF), die weltweit eingesetzt werden sollte und die gigantische Zahl von 400 000 Soldaten umfaßte. In der Mai-Ausgabe 1979 besprach das US-Militärmagazin "Fortune" die Pläne dieser "Schnellen Eingreiftruppe". Fall 4 der Kriegsszenarien formulierte die "Krisensituation", daß der Irak in Kuwait oder Saudi-Arabien einmarschiere. Für diesen Fall gedachten die Strategen des Pentagon schon damals zuerst die Truppen des Irak und die Ölviehere zu bombardieren, wie es dann zwölf Jahre später auch geschah. Doch für derartige kriegerische Einsätze, die den Transport von einer derartigen Menge von Soldaten und Kriegsmaterial voraussetzte, war eine neue militärische Infrastruktur vonnöten. Nicht nur in Saudi-Arabien machten sich die USA daher an den Ausbau der militärischen Pisten und Anlagen, auch in der Bundesrepublik, stets Drehscheibe für US-Interventionen nicht erst seit dem Vietnamkrieg, wurden militärische Unterstützungsabkommen zwischen der Bundesregierung und dem Weißen Haus geschlossen. Die militärischen Anlagen und besonders Flugpisten wurden ausgebaut. In dieses Ausbauprogramm fiel auch die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens: Die Mai-Ausgabe 1981 der Manager-Zeitung "Fuchsbriefe" bestätigt den Verdacht, daß hierzu der Bau der Startbahn-West gegen den massiven Protest der Bevölkerung durchgezogen worden sei: "Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US-Air-Force auf diese Kapazitätsausweitung besteht und drängt...Frankfurt sei für die Air Force - so sagen die

Amerikaner - als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und mittleren Osten unerlässlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Öregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden".

Im selben Jahr unterstrich Hermann Bohle in der Zeitschrift "Wehrtechnik" (4/81), dem Sprachrohr der Rüstungslobby, die strategische Bedeutung u.a. des Rhein-Main-Flughafens für den Nahen und Mittleren Osten: "Andere Paktstaaten stellen Soldaten für Südwest-Asien zur Sicherung der Rohstoff- und Rohölstraßen. Dafür werde die Bundesrepublik die »Transit-Stelle« bilden, über die vor allem amerikanische Truppen und US-Material via Bremerhaven/Rhein-Main-Flughafen ins Krisengebiet geschafft werden. Die USA lassen nicht den geringsten Zweifel, daß sie Mittelost mit absoluter Priorität behandeln. Die im Krisenfall für Europa bestimmten Truppen kommen dorthin...Der »Host Nation Support« wird zum Kernthema für den deutschen Sonderbeitrag zur Sicherung des Mittleren Ostens durch die USA und einige Alliierte."

"Host Nation Support Program" und "Air-Land-Battle-Plan", beide sind angewiesen auf ausreichende Flugkapazitäten. In ersterem sichert die Bundesregierung den US-Amerikanern zu, im Kriegsfall für Unterkünfte und Klinikplätze für die Soldaten sowie die Unterhaltung der Flughäfen sowie anderer militärischer Einrichtungen zu sorgen. Letzteres war die Strategie der NATO-Verbündeten unter Federführung der Vereinigten Staaten. Im "Verteidigungsfalle" gegen die Rote Armee Europa in Schutt und Asche zu legen. Dieses Konzept wandten nun die "multinationalen

Streitkräfte" gegen den Irak an, wie die "International Herald Tribune" schreibt, anscheinend allerdings ohne sich des schwärzesten Zynismus bewußt zu sein, als sie titelte "War to test the Air-Land-Battle-Plan" (Krieg zur Probe der Luft-Land-Strategie).

Die iranische Revolution beendete die jahrzehntealte militärische Vormachtstellung der USA in Nah-Ost und drohte den US-amerikanischen Zugriff auf die Ölvorkommen dort zu begrenzen. Kein Zufall also, daß in der darauffolgenden Zeit im Rahmen der neu zu bildenden "Schnellen Eingreiftruppe" auch in einem der wichtigsten militärischen Umschlagplätze, der Bundesrepublik, der Rhein-Main-Flughafen ausgebaut wurde. Nicht ganz freiwillig allerdings, wie ein Zitat des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klose zeigt: Er meinte, daß der damalige hessische Ministerpräsident Holger Börner in Bezug auf den Flughafen ausgebaut "möglicherweise nicht ganz aus freien Stücken" handelte, und damit andeutete, daß die USA ihn eventuell unter dem Druck setzte.

"Im Herzen der Bestie", dem steinernen selbstverständlich, liegt die Rhein-Main-Air-base. Tage- und besonders nächtelang starteten hier die Galaxy-Transporter für den "effektivsten Krieg" der Geschichte, dessen sich die Schreibtischtäter des Weißen Hauses rühmen. Ein Krieg, der seit zumindest 1979 vorbereitet wurde. Ein Krieg, der im fernen Nahen Osten stattfand und stattfindet - doch der Nahe Osten beginnt für uns 30 km weiter nördlich, Ausfahrt Zeppelinheim, Air-Base.

Gerd Bausch

Karawane zur Airbase



(Eigenbericht)

Frankfurt/AirBase, 16.3.1991
Die Friedenskarawane von Witzenhausen hat ihr Ziel erreicht: Die FriedensmarschiererInnen der Aktionsgemeinschaft "Leben in die Basis" sind mit ihrem Pferd und dem Dromedar an der Rhein-Main AirBase angekommen. Direkt vor dem Haupteingang zur AirBase und neben der Autobahnauffahrt wurde ein Stück Land umgegraben und bepflanzt. Jetzt verschönern zahlreiche Rosenbäumchen, Weidenbüsche und Frühlingsblumen den "Vorgarten" der AirBase. Wenn im Lauf des Sommers die Samen aufgehen, werden die Umrisse eines Menschen, eines Dromedars und eines Pferdes zu erkennen sein.

Diese Aktion ist der Schlußpunkt eines mehrwöchigen Wintermarsches. Die Gruppe beschreibt in einem Flugblatt ihre Aktion wie folgt: "Am 23. Februar haben sich von Witzenhausen aus ein Pferd, ein Dromedar und eine Gruppe von Menschen nach Frankfurt aufgemacht. Sie führen einen Pflug mit sich und Weizen, der für die Frühjahrsaussaat in der Air Base benötigt wird. An dieser Air Base und an anderen Orten im Land herrscht ständig Krieg. Wir wollen dort hingehen, um dort den Krieg zu beenden und den Boden zu bereiten für den Frieden, für das Leben und die Zukunft." Für den 16.3. rief die Gruppe auf zu gewaltfreien und phantasievollen Aktionen. Leider folgten diesem Aufruf nur etwa 50 Menschen.

Im Vorfeld der Aktion hatten die FriedensmarschiererInnen den Kommandanten der AirBase offiziell von ihrem Vorhaben

informiert und ihn gebeten, die Demilitarisierung des Geländes einzuleiten. Angst vor Arbeitslosigkeit brauchten seine Untergebenen nicht zu haben, da sie bei der landwirtschaftlichen Urbarmachung des Geländes helfen könnten. "Wir wollen den Boden bereiten für den Frieden und das Leben, die Zerstörung von Boden, Tieren, Pflanzen, Menschen durch militärischen Betrieb verhindern."

Während vor dem AirBase-Eingang das Blumenbeet angelegt wurde, drang ein kleiner Teil der Gruppe wie angekündigt mit dem Dromedar und dem Pferd auf das AirBase-Gelände vor und begann dort, das Land für ein Weizenfeld zu pflügen. War die Aktion "Frühjahrsaussaat an der AirBase" noch in der lokalen Presse (z.B. der Frankfurter Rundschau) angekündigt, so war ein Bericht über die tatsächlichen Aktionen dann keine Zeilen mehr wert. Einer Minimeldung des Hessischen Rundfunks war immerhin noch zu entnehmen, daß beim Pflügen auf dem AirBase-Gelände 7 Menschen verhaftet wurden.

Aus dem Flugblatt der Aktionsgemeinschaft "Leben in die Basis":

AUFRUF ZUR TAT

Wir sprechen von Arbeit.
Die Erde brennt, Schnelligkeit ist von Bedeutung.
Das Pferd weiß sie zu zeigen. Kraft spielt eine Rolle.
Es geht auch ums Pflügen und um Weizen.
Und es geht um den Norden.

Wir sprechen von Arbeit.
Die Erde brennt, Ausdauer ist von Bedeutung.
Das Kamel weiß sie zu zeigen. Sparsamkeit spielt eine Rolle.
Es geht auch um Fortbewegen und um Lasten.
Und es geht um den Orient.

Wir sprechen von Arbeit.
Die Erde brennt, Hunger ist von Bedeutung.
Der Mensch weiß ihn zu stillen, Entscheidungen spielen eine Rolle.
Es geht auch um Ideen und um Mut.
Und es geht um die Zukunft.

HOPPALA

Zum Thema Rüstungsexporte aus der BRD in Krisen- bzw. Kriegsgebiete wird z.Z. viel geschrieben, gesagt und versprochen. Einen dieser Versprecher wollen wir hier dokumentieren, da er wunderbar klar den Unterschied zwischen Theorie und Praxis aufzeigt.

Im WDR 2 Mittagmagazin am 1.2.91 wurde Dr. Hans Stercken, CDU Spitzenkandidat in Aachen, MdB und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, zu Waffenlieferungen aus der BRD befragt. Der Aufhänger war die gerade beschlossene Waffenlieferung an Israel. Wir zitieren ausschnitthaft:

WDR: Bisher galt, und das seit etwa 25 Jahren, der Grundsatz in der Außenpolitik dieser Republik, daß es keine Waffenlieferungen von Deutschland in Spannungsgebiete geben soll. Ist mit dieser Waffenlieferung für Israel dieser Grundsatz jetzt aufgegeben worden?

ST: Nun, zunächst darf man daran erinnern, daß wir schon einmal Israel in einer sehr bedrängten Lage auch mit Waffen geholfen haben. (vor dem 6-Tage Krieg 1967 red.) Zweitens: der Grundsatz in der verkürzten Form, wie er immer vorgestellt worden ist, scheint mir nicht sehr logisch. Außerhalb von Spannungsgebieten werden keine Waffen gebraucht. (...) Wenn in diesen Ländern keine Spannung herrscht, weshalb sollte ein solcher Staat dann von uns Waffen erbitten? (...)

WDR: Heißt das denn, wenn man jetzt diesen Grundsatz nochmal aufnimmt, daß der im Grunde um den Satz ergänzt werden muß: ..., es sei denn, man unterstützt einen, von einer Aggression bedrohten oder betroffenen Staat damit.

ST: Ich glaube, die Verantwortlichkeit der Politiker wird dann deutlich, wenn sie im Einzelfall entscheiden, was sie zu tun haben in der konkreten Situation. (...)

WDR: Ja, Herr Dr. Stercken, ich denke es geht ja (...) um die Frage, wenn man von Fall zu Fall entscheidet, und das scheint

ja jetzt im Moment gegeben zu sein, dann bedarf es ja eines solchen Grundsatzes eigentlich nicht.

ST: Ich glaube, der Grundsatz ist politisch proklamiert worden. Aber er ist für die Entscheidungen in der Politik, und sie wissen, daß alle diese Entscheidungen auch in meinem Ausschuß überwacht werden, ist er nie, sagen wir mal, das Parameter gewesen, an dem wir das alles ausgerichtet haben.

Und an späterer Stelle:

ST: Ich wiederhole noch einmal, die Entscheidung, die politische Verantwortung, das wird ja jetzt am Falle Israel sehr deutlich, muß politisch getragen werden und kann nicht von allgemein verbindlichen Grundsätzen abgeleitet werden ...

Einer dieser allgemein verbindlichen Grundsätze findet sich im Grundgesetz und lautet:

Artikel 26 (Verbot eines Angriffskrieges)

1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Leider bleibt mir nicht mehr genug Platz um noch weiter auf die Genehmigungspraxis und die ganz offiziellen Lücken der Gesetzgebung, die auch durch die jüngste Novellierung nicht gestopft werden, einzugehen.

Es gilt jedoch auch hier, daß ein Gesetz nur so so viel wert ist, wie derjenige, der es anwendet. Dazu noch passend ein Ausspruch des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Erich "Goldfinger" Riedl:

"Wenn wir die deutsche Exportwirtschaft so stringent behandeln, daß wir jede militärische Nutzung auch theoretisch ausschließen, dann können sie die deutsche Exportwirtschaft, ich sag's mal salopp, im Prinzip vergessen"
(Monitor 19.2.91)

Doch kein Platz des Friedens

Ergebnisse einer Recherche im Stadtarchiv von Claus Colloseus

Vielleicht ist es dem einen oder der anderen schon aufgefallen: In Darmstadt gibt es einen **Friedensplatz**. Zwischen Landesmuseum und Weißen Turm gelegen, gibt er sich völlig unauffällig, durch die überquellenden Pflanzkübel und die ihn durchschneidende Straße ist er eigentlich kein Ort, um sich dort aufzuhalten. Auf ihm stehen zwei Denkmäler, deren Thema der Krieg ist - im Grunde also genügend Anlaß, ihm gerade in Kriegszeiten eine gewisse Aufmerksamkeit zu schenken. Darmstadts Geschichte ist geprägt durch seine Stellung als Landeshauptstadt von Hessen-Darmstadt. Als Machtzentrum war es nicht nur der Ort, wo die Herrscherfamilie Hof hielt und die Verwaltung ansässig war, sondern auch Garnisonsort für einen großen Teil der hessischen Truppen. Den barocken Landgrafen war die militärische Ausstattung der Stadt ein besonderes Anliegen. Über Ludwig IX. (1768 - 1790) schreibt ein Denkmalpfleger z. B.: "In der Anlage von Exerzierplätzen verschaffte (er) seiner Hauptstadt die führende Stellung." So sind Marienplatz, Luisenplatz und Wilhelminenplatz alles ehemals militärische Anlagen. Derselbe Landgraf hatte auch die Idee, an der Stelle des heutigen Landesmuseums ein festes Exerzierhaus einzurichten, in Sichtweite des Zeughaus. Gleichzeitig mit seinem Bau im Jahre 1771 wurde die davorliegende Reitbahn unter dem Namen "Paradeplatz" (heute der Friedensplatz) zum Exerziergelände der Leibgarde zu Pferde.

"Das Fest unserer nationalen Aufrichtung"

Im Laufe der Zeit wuchs die Stadt weiter nach Westen und die bisher außerhalb gelegenen Exerzierplätze lagen irgendwann mitten im bebauten Gebiet. So veränderte sich auch ihre Nutzung: die Truppen suchten sich neue Übungsgelände, und auf den Plätzen ergötzten sich die Bürger an der Herrlichkeit der Residenz. Denkmäler wurden errichtet. Auf dem Paradeplatz entstand 1878 das "Landeskriegerdenkmal". In der Grundsteinurkunde hieß es:

"Zum ehrenden Gedächtnisse aller Angehörigen der großherzoglich hessischen (25.) Division - den siegreich heimgekehrten wie den auf dem Feld der Ehre gebliebenen -, welche an dem ruhmvollen Kriege Deutschlands gegen Frankreich im Jahre 1870 bis 1871 theilgenommen und, fremden Zugriff abwehrend, des Vaterlandes Einheit in dem unter Kaiser **Wilhelm** neu gegründeten deutschen



Das Landes-Krieger-Denkmal zu Darmstadt.
(Zelgabe zum Gefälligen Hausfreund 1880.)

Reiche miterkämpft haben, wird an dieser Stelle ein Denkmal errichtet...

Gott segne unser Vaterland!"
Ein Zeitungsartikel vom 31.5.1878 beschreibt das entstehende Denkmal so:

"Auf der Vorderseite (des Sockels) wird über der Widmungs-Inschrift das in Erz gegossene Relief angebracht, welches die Begegnung Sr. Majestät des Kaisers mit Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzog an der Spitze der hessischen Division und symbolisch die Zusammengehörigkeit aller Stämme des durch den ruhmvollen Krieg geeinten Deutschlands darstellt. Die Rückseite des Postaments wird die Relief-Abbildung der der hess. Division allein gebührenden glorreichen Erstürmung des Schlosses Chambord am 9. Dezbr. 1870 ausfüllen...

Ueber dem Postament erhebt sich die 4,60 Meter hohe Hauptgruppe des Denkmals. Eine in antiker Form und Gewandung dargestellte Victoria schwebt hernieder, um dem ihr zur Linken vorschreitenden und dem ihr zur Rechten hingesunkenen zu Tode verwundeten hessischen Krieger, jedem den Siegerkranz zu reichen..."

Am Tag der den Hessen so angerechneten Schlacht von Gravelotte - St. Privat starben auf der hessischen Seite 418 Soldaten, 1238 wurden verletzt, 23 vermißt. Die "Politische Reform" berichtet über insgesamt 78000 Kriegsgräber für Gefallene beider Seiten in Frankreich. In Deutschland gebe es an 201 Orten Grabmäler für gefallene Franzosen, in der

Schweiz seien 3000 beerdigt, die auf der Flucht umkamen.

Nachdem das Exerzierhaus 1892 zugunsten des neuen Landesmuseum abgebrochen wurde, fand das Landeskriegerdenkmal seinen endgültigen Platz in etwa dort, wo heute die Einfahrt zu den Schloßgaragen ist. Die Bombe, die im 2. Weltkrieg den Turm des Landesmuseum traf, zerstörte auch das Denkmal völlig. Beim Abräumen der Trümmer 1952 konnte nur noch das hintere Relief geborgen werden. Es befindet sich jetzt im Museum.

"So war der Fürst, dem solche Liebe galt"

Während dieses Ungeheuer der Kriegsverherrlichung (es hatte eine Gesamthöhe von immerhin 7,20 Meter!) eher an den Rand des Platzes gerückt war, wurde in seiner Mitte bald darauf ein zweites errichtet. Etwa dort, wo sich jetzt der Spielplatz befindet, wurde am 24. November 1892 das Reiterstandbild Großherzog Ludwig IV. (1877 - 1892) enthüllt. Aus der Festnummer der "Hessischen Landeszeitung - Volksblätter":

"Als schöner Schmuck, von Künstlers Hand gestaltet, wird das Erzbild des gefeierten Heimgegangenen an hervorragender Stätte... prangen und dem Besucher sagen: So war der Fürst, dem solche Liebe galt, so treu und anhänglich das Volk, das nach dem Tode ihm solchen Dank gespendet. Ludwigs IV. Lebensgang umfaßt die interessanteste Zeit neuerer deutscher politischer Entwicklungsgeschichte... Dem M a n n e war es vergönnt, mit dem Degen in der Faust im Feindesland an der Schöpfung des neuen Deutschen Reiches tapfer mitzuhelfen und sich im glorreichen Kampfe als F ü h r e r seiner h e s s i s c h e n T r u p p e n unvergänglichen Kriegsruhm zu erwerben..."

Fast 15 Jahre gesegneter Wirksamkeit waren Ludwig IV. als Landesfürsten beschieden. Nach den verschiedensten Richtungen hin entfaltete er während dieser Zeit seine Thätigkeit mit unermüdlicher Thatkraft und Einsicht zur Wohlfahrt des ihm so theuren Hessenlandes. Fast überall sah er seine Bemühungen mit dem schönsten Erfolge gekrönt: das Großherzogthum nahm gedehlichen Aufschwung, der Wohstand des Volkes wuchs und - der schönste Preis seines Wirkens - die Liebe der Unterthanen zu ihrem angestammten Fürstenhause ist stets dieselbe, gleich herzliche geblieben. - - - - -

Kaum hatte Ludwig IV. die Augen geschlossen, so regte sich im hessischen Volke der Wunsch und das Bedürfniss, die wohlbekannte Gestalt und die unvergeßlichen Züge des Verewigten in unvergäng-

lichem Bilde dauernd festgehalten zu sehen. Ein ehernes Denkmal sollte ihm erstehen, der sich liebendes Gedenken in den Herzen so vieler Tausende gesichert hatte...

Die Rückseite zielt eine Bronze-tafel mit der Inschrift:
Dem geliebten und gerechten Fürsten, / dem Führer der hessi-schen Truppen 1870/71 / sein treues Hessenland.(...)

Wir Mitlebenden aber wollen bei seinem Anblick das Gelöbniß erneuern, nach Seinem leuchtendem Vorbilde bei aller Stammestreue als echte Deutsche uns zu fühlen, dem Vaterlande die ganze Seele zu weihen, Seines Wirken Saaten getreu zu schützen und allezeit in nie nachlassender Sorge zu bewahren, was Er uns errungen hat...

Seinem Sohne, unserem hochvereh-ten gegenwärtigen Landesfürsten.. aber sei unsere ganze Treue und Anhänglichkeit geweiht. Möge er... sich stets des hohen Gefühles bewußt sein, daß ein treu ergebenes Volk seiner fürstlichen Führung folgen wird, das sich Eins weiß mit seinem Herrscherhause in guten und schlimmen Tagen..."

Zur Einweihungsfeier kamen etwa 10000 Menschen nach Darmstadt, im Festzug trugen nicht nur die beteiligten Truppen Waffen, auch Studentenverbindungen, Krieger-vereine und die Metzgerinnung zeigten kriegerische Ausstattung. Was ist der Zweck von Reiterstatuen? Sie sollen das monarchische System in idealisierter Form beschreiben. Über die fassbare Darstellung einer einzelnen Person werden - fast als Allegorie - allgemeine Aussagen über die Grundidee des Monarchismus bzw. die konkrete Staatsverfassung sichtbar gemacht. Eine solche Konzeption hat zwei Seiten: Einmal sollen die Nachfolger des "Verewigten" angehalten werden, denselben Idealen nachzueifern, zum anderen soll gegenüber den Untertanen die Staatsverfassung gerechtfertigt werden.

Das Denkmal Ludwig IV. abstrahiert nicht völlig von dessen Person. Es soll ganz bestimmte Ideale widerspiegeln, die mit seiner Person und seiner Zeit, dem Ende des 19. Jahrhunderts, verbunden sind. In seiner Doppelrolle als Krieger- und Friedensfürst soll seine Darstellung zum einen die Fürstentugenden Disziplin und Pflichtgefühl, Fürsorglichkeit, Stöndhaftigkeit und Beharrungsvermögen festhalten, zum anderen soll es die Untertanen zu Gehor-sam, Vertrauen und Systembejahung verpflichten. Die oben angeführte Quelle nennt darüber hinaus auch ganz aktuelle politische Themen wie deutsche Einheit und wirt-schaftliche Prosperität. In welche historische Situation das Denkmal hineingebaut wurde, zeigt

auch, daß am gleichen Wochenende in Locarno eine Konferenz der europäischen Fürstenhäuser "zur Bekämpfung des Anarchismus" stattfand - Der Monarchismus rang um sein Überleben.

Als 1967/68 der Kaufhof neu gebaut und unter dem Platz die Schloßgaragen angelegt wurden, wurde das Reiterdenkmal vorüber-gehend abgebaut und danach leicht versetzt so aufgestellt, wie es heute noch steht.

Ansborn zum Heldentod

Nach dem ersten Weltkrieg entstand ein drittes Denkmal, das sogenann-te "Löwendenkmal". Die Veteranen des "Leibgarde- Infanterie- Regi-ment Nr. 115" versandten 1923 folgenden Brief:

"Lieber Kamerad!

(...) Das Denkmal soll ein Zeichen unseres unauslöschlichen Dankes an alle diejenigen sein, die im Laufe der ruhmreichen Geschichte des Leibgarde-Regi-ments und ganz besonders im letzten großen Kriege ihr Leben für Fürst und Heimat dahingegeben haben. Es soll in den kommenden Geschlechtern die Erinnerung wachhalten an alle die Helden-taten, die die das Leibgarde-Regiment im Laufe der Jahrhunder-te vollbracht hat; es soll für die Alten eine Mahnung sein, niemals der treuen Toten zu vergessen, es soll für die Jungen der Ansborn werden, ihnen nachzueifern, wenn es wieder einmal gilt, Hof und Herd und Heimat zu schützen."

Darauf folgt der Aufruf zu Geld- und Sachspenden. Erst 1928 wurde das Denkmal dann in der Umfass-ungsmauer des Schloßgrabens errichtet. Es zeigt einen Löwen, der, einen Pfeil in der Brust, sterbend noch mit seiner Pranke seine Gegner erschlägt. Über der halbbrunden Bank, die sich zu beiden Seiten des Denkmalssockel erstreckt, steht die Inschrift: "Joh. 15,13: Niemand hat die wahre Liebe, denn der sein Leben gibt für seine Freunde."

Um das Denkmal zu verstehen, ist ein kurzer Einblick in die Ge-schichte dieses Regiments unerläß-lich. Gegründet 1621, rühmt es sich, der älteste Truppenteil des deutschen Heeres zu sein. Daraus leiten seine Veteranen ein ganz besonderes Traditionsbewußtsein ab. Nach dem ersten Weltkrieg wurde das Regiment, da es in der entmilitarisierten Zone seinen Standort hatte, aufgelöst. Das veränderte aber nicht die Vorstel-lung, "Leibgardist" zu sein: Die Berufssoldaten bildeten ein Freikorps, ein anderes Regiment "übernahm die Tradition". 1936 wurde dieses im Rahmen einer Umorganisation als Teil der nationalsozialistischen Aufrüstung in "Infanterie- Regiment 115" umbenannt. Im Laufe des Krieges

erfolgte eine Umrüstung zum Panzergrenadier-Regiment. 1945 wurden die Veteranenvereine verboten. Mitte der fünfziger Jahre waren sie trotzdem wieder da. Unter dem Namen "Kameradschaft der Leibgardisten und des Infan-terie-Regiments 115 e. V." und als Teil des "Wingolf-Bundes" sammel-ten sich die Alten wieder. Sie gaben bis 1976 eine Zeitschrift unter dem Titel "Der Leibgardist" heraus. 1969 wurde eine neue Regi-mentsfahne "geweiht". Alljährlich zum Volkstrauertag - früher "Heldengedenktag" genannt - versammelte Mann sich am Denkmal. Die "Tradition" eines Truppenteils ist naturgemäß eine Sache von Berufssoldaten. Ihnen soll die Identifikation mit "ihrer Firma" ermöglicht werden. Wer den millio-nenfachen Tod im Krieg nach Regimentern aufteilt, macht aber Verdrängungsmechanismen möglich. Mit dem Aufstellen einer Regi-mentsgeschichte wird die Aufgabe der Soldaten von politischen Entscheidungen und Konstellationen völlig abgekoppelt. Es ist nur mehr die Rede von Schlachtener-folgen und Einsatzorten. Gleich-zeitig hat die Todesmaschine "Regiment" nur "eigene Tote" zu beklagen, der von ihnen selbst gebrachte Tod versteckt sich hinter krass euphemistischen Formulierungen aus der Sprache der Militärstrategen. Wer kein Soldat ist, dessen Tod taucht erst gar nicht auf, ist militä-risch unwichtig - er ist "Neben-schaden".

Die Beschäftigung mit einem einzelnen Truppenteil kann aber trotzdem lehrreich sein. Es zeigt nämlich zweierlei: einmal lassen sich die Kriegsschicksale von einzelnen Soldaten daraus begrenzt ablesen, zum anderen ermöglicht das Verfolgen des Weges dieser Todeswalze Eindrücke vom Gesicht des Krieges.

Regimentsgeschichten

Am Denkmal finden sich Inschriften mit den Schlachtorten des Regi-ments in den beiden Weltkriegen. Es lohnt sich tatsächlich, sie aufmerksam zu lesen. Für den ersten Weltkrieg war die Aufarbei-tung der Geschichte recht einfach, da es ein Buch darüber gibt. Mit der Mobilmachung 1914 gehörten zum Regiment 3388 Männer. Bereits der Vormarsch zur Somme, militä-risch gesehen ein Erfolg, reduzi-ert die Zahl der noch kampffäh-igen Soldaten auf weniger als 1000. Die nächsten vier Jahre bringen immer wieder den gleichen Ablauf: Das Regiment wird für einige Wochen an der Front einge-setzt, dabei gibt es jedesmal zwischen 200 und 400 Tote sowie 500 bis 1000 Verletzte. Danach wird es abgelöst, durch neues Kanonenfutter bis auf 2000 bis

2500 Männer aufgefüllt und an andere Stellen verlegt.

Im Verlaufe des gesamten Krieges haben 19.229 Männer zum Regiment gehört. 2551 von ihnen starben, 8707 wurden verletzt, 433 waren vermißt. Von den restlichen 7538 wurden die meisten wohl versetzt, ausgemustert, oder sie kehrten tatsächlich (mehr oder weniger) unversehrt heim.

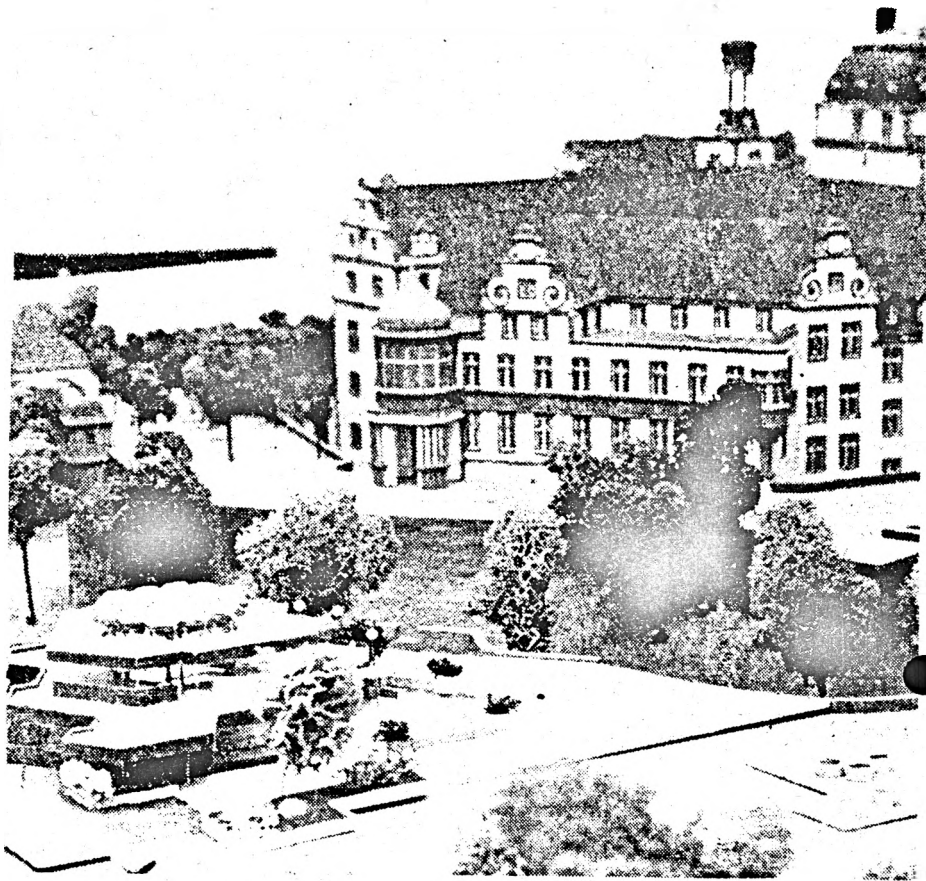
Für den zweiten Weltkrieg war es nicht möglich, die Regimentsgeschichte so ausführlich zu verfolgen. Aus den Kriegsgeschichten des "Leibgardisten" ergibt sich jedoch auch ein Bild. Das Regiment zieht zunächst nach Westen und ist an der blutigen Besetzung Frankreichs als Teil eines Panzerkorps beteiligt. Ende 1940 wird es, wie erwähnt, umgerüstet und Teile werden ausgegliedert. Die Panzergrenadiere kommen nach Afrika. Dort ist der Krieg durch Panzer und Flugzeuge bestimmt. Die Schlachten nehmen jeweils einen eindeutigen Verlauf: Eine Seite hat selbst wenige Verluste, kann aber die andere fast vollständig entweder hinmetzeln oder gefangennehmen. Das Regiment erlebt wiederholt beide Varianten. Am Ende wird es bei der Einnahme Tunis' im Mai 43 zerschlagen. Die Hälfte aller derjenigen, die in Afrika kämpften, starb, die andere geriet in Gefangenschaft.

Das Regiment wird dann in Süditalien neu aufgestellt und in stetiger Rückwärtsbewegung immer wieder in verzweifelte Schlachten geworfen.

Nach dem zweiten Weltkrieg ist Darmstadt zerstört. Alle Gebäude, die am Paradeplatz standen, liegen in Trümmern: Schloß, Museum, Moller-Bau, obere Rheinstraße... Irgendwann zu dieser Zeit wird der Platz in "Friedensplatz" umbenannt. Wer dies vorgenommen hat und mit welcher Begründung, war nicht herauszufinden. Jednefalls dauerte es bis 1952, bis er von den Trümmern freigeräumt und wieder (als Parkplatz) genutzt wurde.

Noch 1958 ist militärische Traditionspflege in Darmstadt nur teilweise willkommen. Eine Wiedersehensfeier der Veteranen kann zwar mit viel Pomp und unter Beteiligung der Stadtväter sowie der Bundeswehr abgehalten werden, die neuen Erinnerungstafeln dürfen aber zu diesem Anlaß noch nicht montiert werden. Dies geschieht dann in kleinem Rahmen im Herbst.

1968 erfolgt die Neugestaltung des Platzes mit dem unterirdischen Parkhaus und den riesigen Blumenkübeln. Während die Neuaufstellung des Reiterstandbildes durchaus gewollt ist - als Akt der Denkmalpflege -, wird das Löwendenkmal schlicht vergessen: Es bekommt



Darmstädter Echo, 21.8.68

den vieleckigen Bau, der heute die Möbelgalerie beherbergt, so vor die Nase gesetzt, daß viele Leute das Denkmal nicht einmal bemerken, wenn sie zu Fuß daran vorbeilaufen. Ein merkwürdiges Zeichen für dieses Vergessen ist auch dies: Das Modell, das 67 die Neugestaltung in der Verkleinerung verdeutlichen sollte, zeigte zwar sonst alle Feinheiten bis zu den Masten der Straßenbahn-Oberleitung. Dort jedoch, wo an der Schloßmauer in der Mitte der halbrunden Bank der Sandsteinblock mit dem Löwen hätte stehen müssen, klaffte nur eine deutliche Lücke. (vgl. Bild)

Übriggeblieben

Daß der Friedensplatz in Darmstadt diesen Namen hat, war offensichtlich das Ergebnis einer bewußten politischen Entscheidung. Sein Aussehen jedoch hatte mit seinem Namen schon nichts mehr zu tun, seit der Großherzog dort zum letzten Mal eine Parade abgenommen hat. Seitdem ist er einfach benutzt worden. Die ihn durchschneidende Zeughausstraße wurde eine immer überlastetere Bleiwüste. Unter ihm parken Autos. Die

Blütenträume, mit der Bepflanzung ein "neues Stadtzentrum" zu erhalten, sind verfliegen. Und die Denkmäler?

Ursprünglich hatten sie alle politische Ziele. Das Landeskriegerdenkmal sollte einen Krieg als Anlass der deutschen Einigung rechtfertigen und verherrlichen. Das Reiterdenkmal sollte durch die Darstellung eines Kriegsherrn und Fürsten die monarchische Ordnung festigen. Das Löwendenkmal war für die private Vergangenheitsbewältigung von ein paar verknöcherten Berufssoldaten bestimmt. Über sie alle ist die Zeit hinweggegangen: Das Landeskriegerdenkmal ist zerstört, Ludwig IV. ist nur noch ein zweckfreies Kunstwerk und die alten Leibgardisten sterben langsam endgültig aus. Darmstadt hat die Chance vertan, mit einem Platz des Friedens mitten in der Stadt ein Zeichen zu setzen. (Der eigentliche Ort des Nachdenken ist die Kriegstotenkapelle.) Was bleibt, sind zwei Denkmäler, die Krieg als politisches Mittel oder als geradezu moralische Anstalt in ein Licht rücken, das kalte Schauer den Rücken herunterrieseln läßt.

Wer stirbt schon gern für billiges Öl?

Redebeitrag des Aktionsforum
für den Darmstädter Ostermarsch

In stolzer Trauer

nach glücklichem Überstehen
der Kämpfe
in
Spanien
Polen
Belgien
Frankreich
starb
an der Ostfront

unser
lieber tapferer
jüngster Sohn
im Alter von 23 Jahren

den Heldentod
in soldatischer Pflichterfüllung
für Führer Volk und Vaterland

er
ist seinem Wahlspruch treu
geblieben:
"Opfer müssen gebracht werden"

wir
werden weiteren Trost finden:
Vater Mutter
Bruder Schwester
Schwager
in traurigem Stolz

H.C.S.

"Kein Blut für Öl" - das war eine der wesentlichen Parolen der Bewegung gegen den Krieg am Golf. Kein Blut sollte fließen für die Interessen der Herrschenden, weder von Menschen von hier noch von dort. Wir haben unser Ziel, den Krieg zu stoppen nicht erreicht. Eine unbekannte Zahl von IrakerInnen (wahrscheinlich mehrere 100 000) sind von den Alliierten ermordet worden.

In diesen Strömen von Blut erreichten die USA ihre Kriegsziele: - die Ausschaltung der irakischen Militärmacht und damit - die direkte militärische Kontrolle über das Öl am Golf, ca 70% der Welterdölreserven. - Und: der Ölpreis bleibt auf einem niedrigen, für die USA erträglichen Niveau.

Nach dem Ende der sogenannten bipolaren Weltordnung werden die Gegensätze zwischen den USA und Europa/BRD und Japan deutlicher hervortreten. In Zukunft steht zu befürchten, daß die innerimperialistische Konkurrenz sich verschärfen wird. Die direkte militärische Kontrolle von Rohstoffen wird an Bedeutung gewinnen. Die wirtschaftlich in Bedrängnis geratene Supermacht USA hat über ihre Militärmaschine ein letzte Trumpfkarte in der Hand.

In der Vergangenheit hatten die Beschränkungen denen die BRD wegen der faschistischen Kriege unterworfen war, einen für sie positiven Nebeneffekt: Sie durfte sich nicht direkt an Kriegen außerhalb des Natogebiets ("out-of-area") beteiligen, profitierte aber von deren Ergebnissen. Wegen der wirtschaftlichen Schwäche der USA träumen einige davon sie als Hilspolizist zu instrumentalisieren. Diese Vorstellung von wegen "Rent a cop" erscheint als ziemlich fragwürdig, da kaum anzunehmen ist, daß die US-Militärmacht sich derart domestizieren läßt.



Für die BRD heißt dies, daß ihre Interessen in Zukunft durch eigene Truppen militärisch gesichert werden müssen. Wie dies geschehen soll, darüber gibt es verschiedene Auffassungen. Sie reichen von Willy Wimmer (CDU), der die Bundeswehr auch ohne Grundgesetzänderung weltweit operieren lassen will, bis zur SPD, die es vorerst bei sogenannten gewaltfreien UNO-Blauhelmen belassen möchte. Daß die UNO-Kontrolle kein Hindernis gegen die Beteiligung an Kriegen darstellt, ist jedoch klar. Erinnern wir uns nur an die Instrumentalisierung der UNO durch die USA vor und während des Golfkriegs.

Eine nicht unbedeutende Funktion der Diskussion um die Änderung des Grundgesetzes ist die Ein-

deutsche Truppen direkt an den Golf zu entsenden. Auch die hohe Zahl von Kriegsdienstverweigerern bei den in die Türkei verschickten Soldaten ist recht erfreulich!

Wie derzeit über den "Out-of-area"-Einsatz der Bundeswehr diskutiert wird, verdeckt einiges: nämlich die Tatsache, daß die BRD schon lange Kriege in aller Welt führt und längst nicht nur an ihnen verdient. Sie tut dies in erster Linie durch und für ihre Wirtschaft. Deren Interessen werden durch die Lieferung von Militärgerät, die Ausbildung von Offizieren der Armee und Polizei durchgesetzt. Darüberhinaus gewähren sie den USA vielfältige Finanz- und Infrastrukturunterstützung durch das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen.

Diese sogenannte neue Weltordnung ist aber keine neue, sondern die Fortentwicklung der 500jährigen Herrschaft der Ersten Welt über den Rest! Diese 500 Jahre des europäischen, amerikanischen und japanischen Kolonialismus, an dessen Traditionen jetzt wieder angeknüpft wird und der nun in neuer Form auftritt, bedeuten für die Menschheit nichts als Ströme von Blut und unendliches Leid. Dieses wird bei der Fortführung auch weiterhin der Fall sein.

Für uns hier stellt sich die Aufgabe, uns dagegen zu wenden, unseren Herrschenden in den Arm zu fallen und uns solidarisch gegenüber den Menschen im Trikont zu verhalten. Denn am Punkt des "Out-of-Area"-Einsatzes der Bundeswehr wird deutlich, wie die Unterdrückung der Menschen im Trikont und hier in den Metropolen zusammenhängen. Es geht nicht darum, "unser aller Wohlstand" gegen den Zugriff "fanatischer Fundamentalisten" zu sichern, sondern um die Festigung und Ausweitung kapitalistischer Herrschafts- und Profitinteressen des Militärindustriellen-Komplexes. Zwar profitiert der größte Teil der Menschen hierzulande mit vom Raub der Rohstoffe, doch besteht kein Anlaß für rassistische Illusionen, auch wir EuropäerInnen sind für die Herrschenden nur Menschenmaterial, daß sie zum Erreichen ihrer Ziele einsetzen und falls nötig auch skrupellos verheizen.

Der Golfkrieg forderte unter den SoldatInnen der Alliierten nur eine geringe Zahl von Toten. Das Desaster von Vietnam scheint vergessen, doch die Annahme, daß in Zukunft alle Kriege so locker durchzuziehen sein werden, dürfte sich als eine blutige Illusion erweisen.

Ostersamstag, 30.3.1991

Büchertisch auf dem Luisenplatz ab 10 Uhr

Kundgebung und Demo, Luisenplatz, 10³⁰ Uhr

Ostermontag, 1.4.1991

Zentrale Kundgebung in Frankfurt, Römerberg:

13⁰⁰ Uhr Kulturprogramm

14⁰⁰ Uhr Kundgebung

Fahrraddemo von Darmstadt zum Frankfurter Ostermarsch:

ab Luisenplatz 10³⁰

Aktionsforum "Kein Krieg am Golf"

stimmung der Bevölkerung auf den Einsatz deutscher Truppen. Sie ist sozusagen eine Art psychologische Kriegsführung und dient auch dazu, auszutesten, was die Menschen in der BRD mitzutragen bereit sind. Dies ist bedeutender als die Änderung an sich. Es ist also Vorsicht angesagt. Und Aktivitäten unsererseits!

Das dies entgegen weitverbreiteter Resignation durchaus erfolgreich ist, zeigt die Tatsache, daß es nicht möglich war,

Im Natoland Türkei halten Bundeswehrsoldaten der türkischen Armee den Rücken frei, wenn sie gegen die Bevölkerung vorgeht.

Nun geht es darum, sich gänzlich aus der "Vasallenrolle" gegenüber den USA zu befreien und selbst als Kriegsherr aufzutreten. Aus der verdeckten Kriegsführung soll eine offene werden, um so die gewünschten größeren Möglichkeiten zur Mitgestaltung der neuen Weltordnung zu gewinnen.

Wenn wir für uns ein gutes und glückliches Leben in Frieden und Selbstbestimmung wollen, müssen wir uns darüber klar sein, daß dies nicht auf dem Rücken des Rests der Menschheit zu erreichen ist, sondern nur gemeinsam mit ihm. Das heißt, wir müssen von hier aus den ungerechten und ausbeuterischen Strukturen der Weltwirtschaftsordnung ein Ende machen. Eine Begrenzung allein auf den direkten Militäreinsatz der Bundeswehr wird dem Problem nicht gerecht!

folter an studentInnen in der türkei

schüsse gegen friedensdemonstrantInnen/ 80 festnahmen

Der vorfall, um den es hier geht, ereignete sich bereits im oktober 1990 bei einer demonstration gegen einen möglichen krieg am golf. Uns kommt es aber nur in zweiter linie darauf an, besonders aktuell zu sein. Es geht darum, die zensierte propagandistische kriegsberichterstattung durch eigene informationen zu unterlaufen. Dazu gehört auch der umstand, daß in der strategisch wichtigen türkei seit zehn jahren eine militärdiktatur foltert und mordet und insbesondere studentInnen davon betroffen sind. Die haltung der westlichen länder in dieser frage zeigt, daß menschenrechtsverletzungen mit zweierlei maß bewertet werden. Beim eigenen bündnispartner kommt es darauf an, daß er flughäfen zur verfügung stellt, nicht wie er seine bürgerInnen behandelt. Einen hintergrundbericht über die türkei findet ihr auf seite 3.

Repression gegenüber fortschrittlichen studentInnen heißt nicht nur verbot von jeglicher mitbestimmung, beschränkung des tätigkeitsfeldes studentischer organisationen auf rein soziale und kulturelle bereiche sowie polizeikontrollen an den eingängen der universitäten, sondern auch offener terror der sicherheitsorgane, wobei vor folter nicht haltgemacht wird.

Zwei beispiele sollen das verdeutlichen:

festnahme von 40 studentInnen in ankara

Am 5. oktober wurden ca. 40 studentInnen in ankara festgenommen und in das polizeigefängnis geschafft, gleichzeitig fanden hausdurchsuchungen bei dem studentInnenverein ayö-der und der zeitung mücaddeler statt, bei denen nicht nur zeitungen und bücher, sondern auch jegliches schreibmaterial und wanderschmuck beschlagnahmt wurden. Anlaß war eine sogenannte "alternative hochschulöffnung" des studentInnenvereins ayö-der an der hochschule von ankara. Am gleichen tag fand die offizielle eröffnung durch minister, direktor und andere offizielle persönlichkeiten statt, wobei die studentInnen durch ihre eigene eröffnung, mit reden und kulturprogramm, auf die katastrophale bildungspolitik hinweisen wollten. Bei den festnahmen setzte die polizei schlagstöcke ein, den festgenommenen wurde das international verbürgte recht auf einen anwalt mindestens zwei tage verweigert. Ihre noch verbliebenen komilitonInnen befürchteten, daß die festgenommenen gefoltert wür-

den. Daß diese befürchtungen berechtigt sind, soll das zweite beispiel verdeutlichen:

polizei löst eine demo gegen den krieg gewaltsam auf - festgenommene studentInnen werden gefoltert

zwei wochen vor den festnahmen in ankara fand in istanbul eine demonstration gegen einen möglichen eintritt der türkei in einen krieg gegen den irak statt, an der 1500 menschen, unter ihnen auch viele studentInnen, teilnahmen. Sie demonstrierten, weil ein krieg die soziale ungerechtigkeit noch vergrößern würde (kriegswirtschaft), weil neue (kriegs-) gesetze jeglichen fortschritt an den universitäten im keim ersticken würden und weil die demonstrantInnen der meinung sind, die golfkrise müsse durch die länder im nahen osten, nicht aber durch intervention imperialistischer mächte gelöst werden.

Obwohl die demonstration angemeldet und genehmigt war, wurde sie von der polizei unter schlagstock- und schußwaffeneinsatz aufgelöst, wobei studenten schußverletzungen erlitten. 80 personen, unter ihnen viele studentInnen, wurden in das berüchtigte polizeigefängnis crayrettepe gebracht, in welchem seit dem militärputsch an die 100 menschen zu tode gefoltert wurden. Im gefängnis wurde den festgenommenen ebenfalls ein anwalt verweigert, stattdessen wurden sie verprügelt. Um gegen die haft zu protestieren, traten alle sofort in einen hungerstreik, gleichzeitig prote-

stierten angehörige und freunde vor dem gefängnis. nach einer woche - in der türkei können festgenommene bis zu 15 tage festgehalten werden, erst dann kommen sie vor den hafrichter - wurden ein paar von ihnen freigelassen.

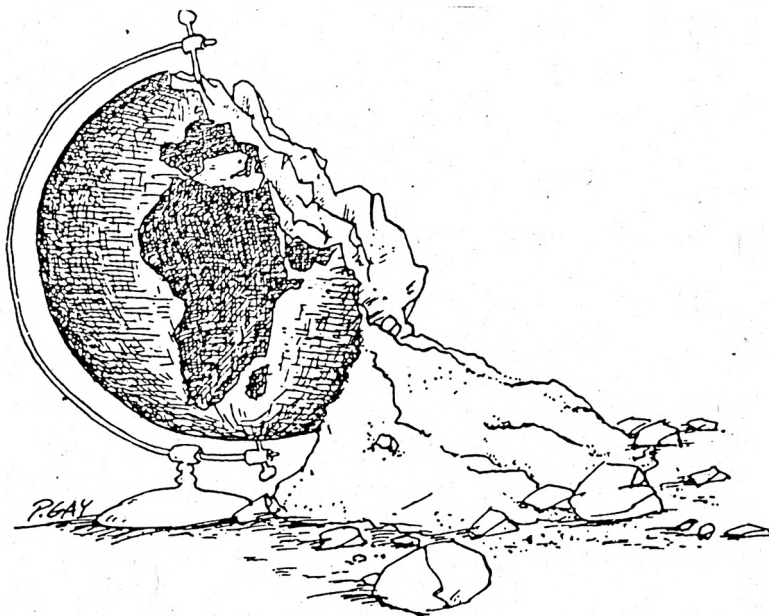
Mit drei von ihnen, alle drei studentInnen, sprach ich nach der freilassung. alle waren von der polizei in der haft geschlagen worden: ein mann hatte ein verquollenes gesicht und ein blaues auge, die frau eine fünf zentimeter lange kopfplatzwunde und der zweite mann eine gebrochene hand. Sie erzählten außerdem, daß zwei studenten mit stromschlägen gefoltert wurden.

Leider war mein aufenthalt sowohl in ankara wie auch in istanbul zu kurz, um den ganzen vorlauf der inhaftierungen und festnahmen zu verfolgen.

Daß die beiden beispiele jedoch nichts besonderes sind, wurde mir bestätigt: jeden tag werden in der türkei durchschnittlich fünfzehn studentInnen festgenommen und teilweise für kürzere oder längere zeit inhaftiert oder sogar gefoltert. In den meisten fällen geschieht dies ohne rechtliche grundlage und dient nur zur einschüchterung der studierendenschaft.

Besonders traurig ist die tatsache, daß das folterzentrum crayrettepe im istanbuler stadtteil cagloglu nur 200 meter entfernt von den wichtigsten sehenswürdigkeiten haghia sofia, blaue moschee und topkapi serayi liegt, jedoch die tausende von vorbeiströmenden touristen nichts von den menschenrechtsverletzungen in ihrem urlaubsland mitbekommen (wollen).

erk



Aktionsforum Darmstadt
 c/o Gustav Mahr
 Kto. Nr. 836 61 01
 Hessische Beamtenbank
 BLZ: 508 908 00

Termine



Darmstädter Termine

- Do 4.4. 20.00 "Platz da" Ludwigshöhstr. 34
 Soli- Esser für Kurdistan
- Sa 27.4. 10.30 Luisenplatz
 Kundgebung, Infostände, Bücher-
 stände zum Jahrestag von Tschernobyl

Ständige Termine

- jeden Do 20.00 Bessunger Knabenschule
 Plenum des Aktionsforums
 - jeden 2.+4. Do Organisatorisches
 - alle andere Do Diskussion um
 Themenschwerpunkte
- jeden 1.+3. Mi 20.00 "Platz da" Ludwigshöhstr.34
 Treffen der "Friedenssteuerini"

Veranstaltungsreihe des Aktionsforums

- Fr 5.4. 19.30 AUDI-MAX TH, Karolinenplatz 2
 Veranstaltung mit Felicia Langer
 (israelische Anwältin)

inhalt

IN EIGENER SACHE

Hier die vorerst letzte
 Zeitung!
 Zeit und Personalmangel
 (nicht zuletzt auch die
 Finanzlage) machen eine
 Weiterarbeit unmöglich.
 Herzlichen Dank an die
 Gruppen in Göttingen,
 Kassel, Heidelberg und
 allen anderen lieben
 Menschen, ohne die das
 Erscheinen der Zeitungen
 nicht zu realisieren
 gewesen wäre.

Die Geschichte Palästinas	2
Felicia Langer	4
Das Parlament der Palästinenser	5
Wasser - die nächste Kriegsursache	7
Baathismus	8
Leben als Verteidigungsfall	9
Solidaritätskomitee Kurdistan	10
Internationale Kurzmeldungen	11
Startbahn West	15
Kamelkaravane	16
Hoppala (ein Interview)	17
Der Darmstädter Friedensplatz	18
Redebeitrag zum Ostermarsch	21
StudentInnen in der Türkei	23

Redaktionsadresse:
 AStA EFH D- Pressereferat
 Zweifalltorweg 12
 6100 Darmstadt
 06151/879860